

Volkswacht

für Schlessien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurstraße 4/8, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Schulstraße 11, durch die Zweigstellen, Abzweigungen, Reichs-Postämter, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. — 8 Wk. Trägerschein 3,50 Rmt., monatlich 1,76 Rmt. — 26 Wk. Trägerschein 4,10 Rmt. Durch die Post einzeln zu bezahlenden 2,40 Rmt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5552.
Dankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien 10 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter 10 Zeilen 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Verlauf des 11. August.

Schwarz-Rot-Gold marschiert und die Republik marschiert!

Die Verfassungsfeter der Reichsregierung.

Berlin, 11. August. (Eigener Bericht.)
Schwarz-rot-gold marschiert. Die Monarchisten werden sich am 11. August nicht wenig darüber gewundert haben, daß Schwarz-rot-gold so viel an Terrain gewonnen hat. Noch am seinem Verfassungstag beherrschten in Berlin die schwarz-rot-goldenen Farben so fast das Straßenbild wie dies Jahr. Nicht nur auf den amtlichen Gebäuden und aus den Fenstern der Republikaner, sondern auch von den Stationen der Untergrundbahnen, von den Straßenbahnen und Autobussen grüßten die schwarz-rot-goldenen Fahnen. Der preussische Flaggenentwurf war nicht ohne Wirkung geblieben. Auch in jenen Gemeinden, wo man mit dem Gedanken spielte, trotz des preussischen Flaggenentwurfes nun erst recht Schwarz-weiß-rot zu heißen, hat man sich wohl oder übel eines Besseren besinnen müssen. Selbst Potsdam, das Heiligtum der Schwarz-weiß-rot, flaggte diesmal Schwarz-rot-gold. Noch in letzter Stunde bemühte es sich, schwarz-rot-goldene Fahnen zu beschaffen.

Schwarz-rot-gold marschiert — die Republik marschiert. Wer bis zur Stunde noch nicht wußte, der konnte es bei der amtlichen Verfassungsfeter im Reichstag vollzogen in der üblichen künstlerischen Umrahmung. Die Reichsregierung war vertreten durch den Reichskanzler, den Reichswehrminister, die beiden vollparteilichen Minister Curtius und Stresemann und durch die drei Deutschnationalen Herzg., Schiele und Reubell. Preußen war vertreten durch den Ministerpräsidenten, Ministerpräsident Braun, durch den Justiz- und Kultusminister. In der großen Mittelhalle nahm der Reichspräsident Platz, ihm zur Seite Reichstagspräsident Genosse Lobe. Saal und Tribünen waren dicht besetzt. Als Festredner hatte die Reichsregierung den vollparteilichen Reichstagsabgeordneten, Herrn v. Kardorff, ausersehen. Wer Kardorff kennt, dem waren seine Gedantengänge nicht neu. Gleichwohl waren sie gerade im Rahmen der Verfassungsfeter einer Reichsregierung nicht ohne aktuelle Bedeutung.

Mit einem Wort dankbarer Erinnerung an die Leistung des ersten Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, der in den Tagen des Zusammenbruchs Deutschland vor dem bolschewistischen Chaos gerettet habe, begann Kardorff. Eine herbe Tragik, betonte der Redner, liegt über dem Geschick des ersten Reichspräsidenten, den die Welt nicht genügend gewürdigt habe und dem seine letzten Lebensjahre durch scharfe persönliche Angriffe verbittert worden seien. „Die Welt ist ihm nicht gerecht geworden, aber die Geschichte wird ihn einzeichnen in die Reihen derer, die sich große Verdienste um Deutschland erworben haben. — Wir wollen heute dankbar seiner gedenken.“

Diese rückhaltlose Anerkennung der Leistung Friedrich Eberts zeigte, daß sich Kardorff ernsthaft bemühte, dem Werk von Weimar, zu dem Ebert den Weg geebnet, gerecht zu werden. Ohne die Weimarer Verfassung keine Rettung des Reiches in den Tagen von Versailles und heute. Wer sie stützen will, bedroht die Existenz Deutschlands. Der Kampf gegen die republikanische Staatsform bedeutet innerpolitisch den Bürgerkrieg und außenpolitisch ein Zurückgeworfenwerden auf die Lage von Versailles. Und deshalb müssen auch die Farben von Weimar, Schwarz-rot-gold, die die geistlichen Reichsfarben sind, gewachtet werden — auch von denen, die mit Liebe an Schwarz-weiß-rot hängen. Ein Land, das keine eigenen Farben nicht achtet, kann keinen Anspruch erheben auf Achtung der Welt.

Mit einigen Strichen skizziert Kardorff die scharfen sozialen und konfessionellen Gegensätze in Deutschland, die er in der Idee der föderalen Gemeinschaft der Nation“ überwinden zu können glaubt. Außerdem behandelte Kardorff noch einige im Vordergrund der Tagespolitik stehende Probleme. So sprach er davon, daß die Weimarer Reichsverfassung keinen Ewigkeitswert habe. In welcher Richtung er die Verfassung geändert wissen will, geht aus seiner Ablehnung des Einheitsstaates und seiner Forderung auf Stärkung der Reichsgewalt sowie Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten hervor. Vor allem verlangt er Beseitigung der Reibungen zwischen dem Reich und Preußen. Zum Schluß unternahm Kardorff noch einen Exkurs in die Außenpolitik, worin er, nicht ohne einige nationalpolitische Töne, die Marschroute seines Parteistandes Stresemann zu recht fertigen suchte. Interessant ist sein vor den deutschnationalen Ministern abgelegtes Bekenntnis, daß nicht die Deutsche Republik der Weltkrieg verloren, sondern daß sie nur die harte und unabweisbare Aufgabe zu erfüllen habe, den verlorenen Weltkrieg zu liquidieren.

Im Anschluß an Kardorffs Ausführungen sprach Reichskanzler Dr. Marx ein kurzes Wort über das wachsende Verständnis für das Verfassungswert von Weimar auch in den Kreisen, die ihm bisher innerlich gleichgültig, wenn nicht ablehnend gegenüberstanden. Mit dem Abstreifen der Front einer Reichsmehrheit durch den Reichspräsidenten schloß die offizielle Verfassungsfeter.

Die Feier Preußens und der Stadt Berlin.

Die in der Reichshauptstadt veranstalteten Verfassungsfeter erreichten am Donnerstagabend durch einen großen Festakt im Hause der Kunstindustrie ihren Höhepunkt. Mehr als 8000 Personen hatten der Einladung zu dieser auf Anregung der Stadt Berlin in Gemeinschaft mit der preussischen Regierung stattfindenden Kundgebung Folge geleistet. Von der Reichsregierung sah man den Reichskanzler Marx, die Minister Reubell und Schiele sowie die Staatssekretäre

Schubert, Pänder und im Auftrage des Reichspräsidenten Dr. Weisner; als Vertreter Preußens waren Ministerpräsident Braun und zahlreiche andere Minister erschienen ebenso die Reichswehr und die Reichsmarine sowie die Spitzen der Berliner Volkzeit waren in einer auffallend starken Zahl vertreten.
Die eigentliche Festrede hielt der preussische Kultusminister Dr. Weder. Er wies im einzelnen die Vorgänge der Reichsverfassung nach und pries sie als das erste verfassungsmäßige Werk, das sich unser Volk selbst gegeben habe. Gestützt auf die Verfassung von 1871 von einer parlamentarischen Institution verabschiedet worden, aber diese Verfassung ist das Werk Bismarcks allein gewesen, während an der Verfassung von Weimar das ganze Volk mitgearbeitet habe. Man merkte den Ausführungen des preussischen Kultusministers an, daß er als ein ehrlich überzeugter Demokrat sprach, der, wenn es sein mußte, kein Blatt vor den Mund legte. Das zeigte sich insbesondere, als er danach warnte, das Reichsgesetz im Gegensatz zu dem Inhalt und dem Sinn der Verfassung fertigzustellen.

Den Schluß der würdigen Veranstaltung bildeten Gedächtnisvorträge des Berliner Sängerbundes und Worte des Reichskanzlers Dr. Marx. Er dankte Berlin für den zahlreichen Flaggenbesuch an den Elektrischen, den Untergrundbahnen und Automobilbusen, gegen den von der Reichsregierung in geradezu fanatischer Form Sturm gelaufen wird. Marx ging noch weiter, indem er an das deutsche Volk die Aufforderung richtete, im nächsten Jahre das Berliner Beispiel nachzuahmen. Die Republik der Zukunft, und kein vernünftiger Mensch heute mehr daran, an dem Reich des Wertes von Weimar zu zweifeln.

Inzwischen hatten sich kühne und abertausende von Menschen in der Nähe der Kunsthalle zur Teilnahme an dem Fackelzug versammelt. Es mögen vielleicht 100 000 Menschen gewesen sein, die mit ihren Fackeln in der Dunkelheit Kilometerweit ein einziges Flammenmeer bildete. Das Gros wurde vom Berliner Reichsbanner gestellt. Stundenlang zog sich der imposante Fackelzug hin. Erst kurz vor 11 Uhr erreichte die Spitze den Platz der Republik. Unter den Klängen zahlreicher Musikkapellen marschierten die Fackelträger hier rund um den Platz herum und warfen ihre Fackeln auf dem Reitweg zusammen. Der große Platz der Republik war fast angefüllt, immer noch nahm der Zug kein Ende. Erst gegen 12 Uhr wurden die letzten Fackeln dem Scheiterhaufen übergeben.

Die republikanische Presse Berlins stellt heute fest, daß die Reichshauptstadt eine Demonstration von solcher Macht wie der gekrigte Fackelzug bisher kaum erlebt habe. In der Tat, schöner und imposanter dürfte für die Republik kaum etwas zu machen sein.

Die Feier in Hamburg und Altona.

Hamburg, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Verfassungstag wurde in Hamburg mit großen Feiern und mächtigen Kundgebungen der republikanischen Bevölkerung begangen, wie sie kaum in den Vorjahren zu verzeichnen gewesen sind. Am Mittwochabend fanden bereits in allen Stadtteilen Umzüge der Kinder statt, die von der Hamburger Sozialdemokratie veranstaltet wurden. Trotz ungünstiger Witterung konnten diezüge eine große Beteiligung aufweisen. Am Donnerstag hatten die Schulen, sowie alle staatlichen, gewerblichen und kommunalen Dienststellen aus Anlaß des Verfassungstages geschlossen. Morgens versammelten sich mehr als 3000 Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen aus der Volksschulen und höheren Lehranstalten, ferner Turner und Turnerinnen, sowie Sänger und Sängerninnen auf der großen Freiwiese des Stadtparks zu der eigentlichen Feier. Nach Gedächtnisvorträgen und turnerischen Vorführungen hielt Stadtrat Dr. Dueshl die Festrede. Gleichzeitig fanden Feiern der staatlichen, gewerblichen und der Handelsschulen statt. Auf dem Dshorfer Friedhof hielt ferner die Ordnungspolizei unter starker Beteiligung ihrer Beamten an den Gräbern der während der Unruhen der Revolutionenjahre gefallenen Polizeimannschaften eine Gedächtnisfeier ab, bei der Senator Schönfelder in einer Ansprache der Männer gedachte, die unter Aufopferung ihres Lebens die Verfassung von Weimar verteidigt haben.

Mittags versammelten sich unter Führung des Senats die Vertreter der Bürgerschaften, Vertreter fast aller Behörden und weiter Kreise der Beamtenschaft zu einem Festakt im Hamburger Rathaus, wo Bürgermeister Dr. Petersen auf dem Bedeutung des Verfassungstages hinwies. Anschließend begaben sich die Vertreter des Senats auf den Platz vor dem Rathausmarkt, wo die schwarz-rot-goldene Fahne gehißt wurde und der Senat die Front mehrerer Hundertschaften der Ordnungspolizei abschnitt. Auch zu dieser Kundgebung hatte sich eine riesige Menschenmenge eingefunden.

Am Donnerstagabend veranstaltete das Reichsbanner von Groß-Hamburg eine mächtige Kundgebung mit einem imposanten Fackelzug, der mit einer eindrucksvollen Rede des Reichspräsidenten Dr. Marx der Hamburger Bürgererschaft auf dem Rathausmarkt seinen Abschluß fand. In dieser Kundgebung waren auch sämtliche Distrikte der Hamburger Sozialdemokratie beteiligt. Weit mehr als in den Vorjahren sah man im Übrigen von den staatlichen Gebäuden und von vielen Privathäusern in allen Stadtteilen schwarz-rot-goldene Fahnen wehen.
In Altona wurde der Verfassungstag gleichfalls durch einen feierlichen Akt von Magistrat gefeiert. Der preussische Minister des Innern v. D. Severing hielt dabei die Festrede. In der großen Kundgebung des Altonaer Reichsbanners und der Sozialdemokratie, die abends in der städtischen Ausstellungshalle abgehalten wurde, sprach Oberbürgermeister Brauer.

Staatsfeindlicher Beschluß des katholischen Episcopats.

Ein Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz.

Die Fuldaer Bischofskonferenz hat zu den, Konventionsverhandlungen eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: Staatliche und kirchliche Autorität sind jede auf ihrem Gebiete selbständig. Daraus folgt von selbst, daß in Angelegenheiten, die gemeinsamer Natur sind und die Rechts- und Aufgabengebiete beider Autoritäten berühren, die Beziehungen durch Vereinbarung beider geordnet werden müssen. Solche Neuordnung ist bei der Umgestaltung von Verhältnissen des öffentlichen Lebens, wie sie im letzten Jahrzehnt eingetreten ist, notwendig geworden. Für die katholische Kirche ist zur Neuordnung nicht der einzelne Bischof, auch nicht die Bischofskonferenz zuständig, sondern der apostolische Stuhl. Daher hat das ganze katholische Volk ein Recht darauf, daß die Neuordnung der Verhältnisse, bei der keineswegs ein Uebergreif in das Gebiet der staatlichen Zuständigkeit zu befürchten ist (???) (Red. d. Volkswacht), durch Verhandlung mit dem Heiligen Stuhle erfolge. Es würde nicht zum Frieden dienen, wenn solche Neuordnung in einer Weise anstrebt würde, die auf die Grundrechte der katholischen Kirche nicht gezielende Rücksicht nähme.

Kr. Diese Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz beleuchtet mit erfreulicher Klarheit die Ziele, die die katholische Kirche und die ihre Interessen vertretenden politischen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, mit ihrem Streben nach dem Abschluß eines Konkordats zwischen Staat und Kirche verfolgen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die in der Erklärung der Konferenz wiedergegebenen Anschauungen eine völlige Verneinung der modernen Staatsauffassung darstellen und sich in ihrem Kern gegen den modernen Staat überhaupt richten. Es ist die mittelalterliche Auffassung der Kirche über ihr Verhältnis zum Staat, die hier wieder aufgewärmt wird. In dieser Auffassung wird die Kirche als eine dem weltlichen Staat gleichgestellte und nebengeordnete Macht hingestellt. Es wird die Auffassung vertreten, daß die Kirche völlig von der Autorität des Staates unabhängig und ihm im Grunde nicht untergeordnet sei, sondern eine gesellschaftliche Institution aus eigenem Recht darstelle. Das ist ungefähr die Auffassung, wie sie in dem Kompromiß zwischen dem alten deutschen Kaisertum und der Kirche nach Beendigung des Investiturstreites im 12. Jahrhundert aufkam. Von ihr aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der weiteren Auffassung, um die die katholische Kirche jahrhundertlang gekämpft hat, daß nämlich das Kaisertum, die weltliche Macht, ihr eigentlich untergeordnet sei. Die staatliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte hatte es nun förmlich mit sich gebracht, daß umgekehrt der Staat die Oberhoheit über die nationalen Kirchenorganisationen errang. Es war das eine Folge der Stärkung der Fürstenmacht und eine Begleiterscheinung des Absolutismus. Immerhin war auch in dieser Zeit die Oberhoheit des Staates über die nationalen Kirchen, insbesondere im Verhältnis zur katholischen Kirche, nicht insofern anders lag, als Staat und Kirche hier eine Einheit waren, da der Landesfürst zugleich das Haupt der Kirche darstellte. Der letzte große Kampf um die Oberhoheit des Staates über die nationalen Kirchen und der Sieg des modernen Staatsgedankens, der die Oberhoheit des Staates auch über die nationalen Kirchen und dem Staat als die oberste gesellschaftliche Organisation proklamiert, fand in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter Führung des Fürsten Bismarck statt. Es ist der sogenannte Kulturkampf. Diese Oberhoheit des Staates über die nationalen Kirchenorganisationen angreifen, heißt daher den Kulturkampf wieder beginnen. Das heutige Episcopat erklärt deshalb in seinem Beschluß nichts anderes, als daß es den Kulturkampf wieder eröffnen will.

Nun ist zwar durch die Umwälzung von 1918 die Trennung von Kirche und Staat zum Teil durchgeführt. Die Kirchen sind keine Staatsinstitutionen mehr. Ihre Priester sind keine Staatsbeamte mehr, wie sie es früher waren. Die Kirche ist in gewissem Sinne vom Staate frei geworden. Das bedeutet nun aber nicht, daß das mittelalterliche Verhältnis zwischen Staat und Kirche wieder hergestellt worden ist. Es bedeutet noch dem klaren Wortlaut der Weimarer Verfassung, daß wenigstens bei uns, wie es übrigens auch in den meisten anderen Ländern ist, in denen Kirche und Staat getrennt

find, z. B. Schweiz, Amerika, Frankreich usw., die Kirchen sind private Vereinigungen geworden sind, wenn ihnen die Verfassung auch noch die Eigenschaft einer Korporation des öffentlichen Rechts beläßt. Als solche rein privaten Vereinigungen unterliegen die Kirchen genau so der Staatshoheit, wie alle anderen privaten Vereinigungen. Auch als Körperschaft des öffentlichen Rechts unterliegen sie der Staatshoheit und sind nicht souveräne gesellschaftliche Organisationen; denn diese ihre öffentlich-rechtlichen Rechte sind ihr nur vom Staate verliehen und leiten sich daher aus dem staatlichen Hoheitsrecht ab, sind aber nicht aus eigenem Rechte entspringen. Infolgedessen ist es vollkommen falsch, wenn die Bischofskonferenz erklärt, daß staatliche und kirchliche Autorität, jede auf ihrem Gebiete, selbständig seien. Es gibt im modernen Staat im Rechtsinne nur noch eine staatliche Autorität, keine kirchliche Autorität mehr. Infolgedessen kann auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht durch Vereinbarung geregelt werden, sondern dieses Verhältnis wird einseitig vom Staat durch Gesetz bestimmt, wie es auch schon in der Reichsverfassung in den Grundlinien geschehen ist. Infolgedessen können alle Schulfragen und alle Fragen des kirchlichen Lebens, soweit davon das Staatsleben berührt wird, oder umgekehrt des Staatslebens, soweit dadurch die Kirche berührt wird, allein durch einen Hoheitsakt des Staates, das heißt durch ein staatliches Gesetz autoritativ geregelt werden. Die katholische Kirche darf darauf nur Einfluß nehmen, insofern ihre Mitwirkung als Staatsbürger in unserer Demokratie an der Willensbildung im Staate mitbeteiligt und mitberichtigt sind. Insbesondere können die Schulfragen auch deshalb, nur einseitig vom Staate geregelt werden, weil die Schulen nach der Reichsverfassung eine staatliche Einrichtung sind und der Staat die Organisation seiner Einrichtungen nur allein bestimmen kann.

über Gegenleistungen Deutschlands nicht verhandelt worden. Frankreich hat solche neue Gegenleistungen weder verlangt noch angeboten. Das Blatt glaubt ferner Grund zu der Annahme zu haben, daß die Ansicht französischer militärischer Kreise, daß eine stärkere Herabsetzung der Besatzungstruppen als höchstens 5000 Mann nicht in Frage komme, nicht die Ansicht des französischen Ministeriums sei. Man dürfe eine höhere Zahl als sicher annehmen.

Eine unglaubliche Robheit.

Wesph. Minuten vor der Hinrichtung erfolgte der Strafaußschuß für Sacco und Banzetti.
Newport, 11. August. Die endgültige Bestätigung des Aufschubs der Hinrichtung ging dem Gefängnisvorsteher kaum vierzig Minuten vor dem festgesetzten Termin der Vollstreckung zu. „Times“ fordern die Obrigkeit in Massachusetts auf, jede Möglichkeit für irgendwelche letzte Rechtsmittel für Sacco und Banzetti offenzuhalten.

Aufsatzen in der ganzen Welt.

Paris, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht von der Aufhebung der Hinrichtung der beiden Anarchisten Sacco und Banzetti ist in der hiesigen Öffentlichkeit mit einem angelegten Aufsatzen begrüßt worden. Allgemein ist man überzeugt, daß der Aufschub der Hinrichtung nur die Einleitung der Revision des Prozesses und die endgültige Begründung der beiden Unglücklichen ist. Wenn dem wider Erwarten nicht so wäre, und wenn es sich nur darum handelte, den Todesstempel der beiden zu verlängern, so würde, wie der „Paris-Soir“ feststellt, kein zivilisierter Mensch, der diesen Namen verdient, einer so raffinierten Grausamkeit gegenüber gleichgültig bleiben können. Aber es könnte wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die Amerikaner sich dem Protest der gesamten zivilisierten Welt in den letzten Tagen nicht entziehen konnten und einsehen werden, daß die Begründung der beiden Unglücklichen nicht länger auf sich warten lassen dürfe.

Die zahlreichsten für Donnerstag angekündigten Demonstrationen und Kundgebungen für Sacco und Banzetti wurden abgelaßt. Die kommunistische „Humanité“ hat am Mittwoch auf ihrer ersten Seite ein großes Bild veröffentlicht, auf dem in die amerikanische Flagge ein Totenkopf über zwei gekreuzten Beinknochen und im Hintergrunde der elektrische Hinrichtungstisch zeichnerisch dargestellt war. Dem „Newport Herald“ zufolge habe die Washingtoner Regierung ihren hiesigen Geschäftsträger beauftragt, gegen dieses Bild bei der französischen Regierung vorzulegen zu werden. Am Quai d'Orsay aber wird erklärt, daß bis zur Stunde noch keine diesbezügliche amerikanische Demarche erfolgt sei. Das französische Außenministerium versucht aber, in einem Communiqué einem solchen amerikanischen Schritt, daß die „Humanité“ weder die Meinung der französischen Regierung noch diejenige des französischen Volkes wiedergebe.

Die Protestbewegung in Amerika.

Newport, 11. August. Der Hilfsausschuß für Sacco und Banzetti erhielt die Nachricht vom Aufschub des Strafprozesses hin eine Erklärung, in der betont wird, „die organisierte Arbeit hat die Hand des Henkers aufgehoben“. Der Kampf sei noch nicht vorüber. Der Erfolg sei den hunderttausenden von Streikern und Massenprotesten der letzten Tage anzuschreiben.

Senator Borah ist der von Oswald Villards eingeleiteten Bewegung zur Veröffentlichung der Geheimakten des Washingtoner Justizamtes beigetreten, desgleichen Senator Fragler aus Nord-Dakota und das Kongreßmitglied Ruddleton aus Alabama. Villard vergleicht in der „Nation“ den Fall Sacco-Banzetti mit der Dreyfus-Affäre. Das Staatsdepartement erklärte, daß vor längerer Zeit ein persönliches Schreiben Roosevelt's zugunsten Saccos und Banzettis eintreffend sei. „Borah“ will zu melden, daß der italienische Botschafter gestern im Staatsdepartement vorsprach. Er sei dabei von Geheimpolitikern aufgehalten worden und habe daraufhin den stellvertretenden Staatssekretär Castle ironisch gefragt: „Sie denken wohl, Sacco und Banzetti sind hinter Ihnen her?“ Castle sagte später auf Anfrage zu, daß bei seiner Unterredung mit dem italienischen Gesandten der Fall Sacco und Banzetti berührt worden sei.

General Zagurski verschwunden

Geheimnisvolle Vorgänge in Warschau.
Warschau, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend ist in Warschau nach vierzehnmönatiger Haft der General Zagurski aus dem Wilnaer Gefängnis entlassen worden, wo er wegen seiner feindseligen Haltung gegenüber den Pilsudski-Truppen während des Mai-Aufstandes im vorigen Jahre auf Befehl Pilsudskis gefangen gehalten wurde. Vom Bahnhof aus begab sich der General in Begleitung eines Adjutanten von Pilsudski in die Stadt, wo man ihn vor einer Badeanstalt abhies ließ. Vorher gab er die ehrenwörtliche Versicherung ab, am Mittwoch oder Donnerstag bei Pilsudski zum Bericht zu erscheinen. Der General hat sich aber bis Donnerstagabend nicht gemeldet; er ist vorläufig überhaupt verschwunden.

Die Rechtspresse glaubt, daß Zagurski Geheiß Pilsudskis umgebracht worden sei. Richtete auch am Donnerstag morgen bereits über die Aufrichter einer Leiche. Diese Meldung hat sich aber nicht als wahrheitlich bestätigt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der General die Pilsudski-Presse erklärt, ins Ausland geflohen zu sein. Vermutlich befindet er sich in Danzig oder in Berlin.

Warschau, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Verschwinden des Generals Zagurski weiß die nationale russische „Gazeta Warszawska“ noch zu melden, daß der jetzt mit dem General am Sonnabend auch ein aus dem Reich Pilsudski stammendes Automobil verschwunden ist. Chauffeur des Wagens hatte die Weisung erhalten, einen bei großen Benzinnot aufzunehmen, was auf eine bevorstehende längere Fahrt schließen läßt. Der Wagen ist seit Sonnabend nach Warschau zurückgekehrt und auch nirgends gesehen worden. Die „Gazeta Warszawska“ läßt daher durchblicken, daß General Zagurski von Vertrauensleuten Pilsudskis entführt worden ist. Obwohl diese Nachricht einer gewissen sensationellen Aufmachung nicht entbehrt, ist es bemerkenswert, daß die Donnerstag-Morgenausgaben der Zeitung und ihre sämtlichen Nebenausgaben beschlagnahmt worden sind, während die staatlichen Behörden über die geheimnisvolle Angelegenheit völliges Schweigen bewahren.

Arbeitslosenruhen bei Loh.

Warschau, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch lag es in Szeged bei Loh zu schweren Arbeitslosenruhen. Die Arbeitslosen besetzten in Szeged das Gebäude des Arbeitslosenamtes und demolierten die gesamte Einrichtung. Einem großen Polizeiaufgebot gelang es erst nach einiger Zeit, die Arbeitslosen zu zerstreuen. Bei dem Zusammenstoß wurden mehrere Polizisten und Arbeitslose verwundet.

Das Duell Sejm-Pilsudski.

Der Antrag auf Einberufung des polnischen Sejm.
Warschau, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Abgeordneten der polnischen Sozialistischen Partei, der Nationalen Volkspartei sowie Bauernpartei Wyzwolenie haben inzwischen einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sejm-Sitzung unterzeichnet, so daß die verfassungsmäßig für die Neuwahl dieses Antrages erforderliche Unterschriftenzahl eines Drittels sämtlicher Abgeordneter bereits weitest überhritten ist. Der Sejm marschall soll den Antrag am 15. August dem Staatspräsidenten überreichen, so daß die Einberufung Anfang September erfolgen könnte. Inzwischen gewinnt das Gerücht, die Regierung werde auch diesen der Initiative der Abgeordneten zuvorkommen und selbständig eine Sejm-Sitzung einberufen, immer mehr Wahrscheinlichkeit. Diese Sitzung dürfte aber nicht mehr eine außerordentliche, sondern die gewöhnliche Session zur Annahme des Regierungshaushalts für das letzte Quartal sein. Der Ausschied liegt darin, daß die Tagesordnung der außerordentlichen Session von den Abgeordneten bestimmt wird und sehr zwei darüber besteht, daß der Sejm diese Session dazu benutzen will, um sich das Selbstauflösungsrecht zu verleihe und das herbeigeführte Pressegesetz der Regierung abzulehnen. In der ordentlichen Session dagegen wird der Sejm nur den Haushalt bestätigen dürfen und von jeder politischen Tätigkeit durch Schließung der Session oder gar durch Auflösung des Parlaments ausgeschlossen werden, wie das schon einmal im März dieses Jahres der Fall war.

Obwohl nun in Ostpreußen die Möglichkeit erwogen wird, den Haushalt nicht zu bestätigen und der Regierung damit ein Mißtrauen auszusprechen, ist es doch wahrscheinlich, daß die Mehrheit vor einem solchen Schritt und den sich hieraus ergebenden Konsequenzen zurückschrecken und den Haushalt mit der stereotypen Begründung der Rücksticht auf das Staatsinteresse annehmen wird.

Ein nationaler Held

und ein edles Klassenurteil.
Am Dienstag hatte sich ein Bader aus Berlin in Potsdam wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Verurteilung vor nicht allzu langer Zeit auf offener Straße ein Liebesverhältnis eingeleitet. Der Angeklagte trug den Namen Luges — der Held ist Truppenführer bei dem Fredericusbund — den Tatbestand zu bestreiten. Von zwei Schupo-Beamten wurde jedoch das Gegenteil bezeugt. Der Anklagevertreter beantragte daraufhin einen Monat Gefängnis. In seiner Begründung hob er hervor, daß dieser Mann, der hier vor Gericht zu weinen anfangte, sonst die Massen auffordere, die Gesetze zu durchbrechen. Vor vier Wochen sei an gleicher Stelle ein Kommunist zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, bei dem das Wort „Republik“ gebraucht habe. Der Angeklagte müsse deshalb genau so bestraft werden. Statt dessen aber wurde der mutige Fredericusmann an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von 14 Tagen zu 70 Mark Geldstrafe verurteilt, die dazu noch in Raten abgetragen werden können. Es ist eben etwas anderes, ob ein Kommunist oder ein Pilsudski-Beifolger nationaler vor den Schranken unserer heutigen Justiz steht.

Die Verminderung der Rheinlandbesatzung.

Durch einen englischen Schritt hervorgerufen? Keine Gegenleistungen Deutschlands verlangt.

Paris, 11. August. (Eig. Bericht.) Der Versuch des deutschen Botschafters von Hoesch am Dienstag bei Briand nach der Sitzung des französischen Ministerrats, bei einer prinzipiellen Herabsetzung der Truppenbestände im Rheinland ins Auge gefaßt hat, wirbelt in der französischen Presse viel Staub auf. In den Blättern der Rechten, denen der Beschluß des Ministerrats außerordentlich unangenehm ist, wird intensive nachgewiesen, daß der Beschluß auf eine Intervention des Londoner Auswärtigen Amtes zurückzuführen sei. Im „Echo de Paris“ wird auseinandergesetzt, daß England in den letzten Wochen zwei Demarchen in diesem Sinne unternommen habe und daß gegenwärtig eine ähnliche Demarche in Brüssel im Gange sei, um die belgische Regierung ebenfalls zu einer Herabsetzung der Truppenbestände zu veranlassen. In mehreren Blättern wird betont, daß die Diskussion im Ministerrat außerordentlich lebhaften Charakter angenommen habe, da mehrere Minister der Rechten sich einer Herabsetzung der Truppenbestände widersetzt hätten. Zuletzt sei aber Briand mit seiner Auffassung durchgedrungen.

Das Pariser Blatt „Excelsior“ hatte berichtet, daß in einer Unterhaltung zwischen Briand und Hoesch über die Verminderung der Truppenzahl im besetzten Gebiet verhandelt worden sei. Wie die „Tägliche Rundschau“ feststellen kann, ist

Noad oder die Hungerleider.

Von Will-Erich Bendert.
(Copyright by Süd-Ost-Deutscher Verlag, Breslau 6.)

27) Wer Noad einmal gesehen hat, der kann es, als sei es ein Hundert Jahre durch alle Dörfer und Weiler durchgewandert. Immer dieselben endlichen Weiten, Wälder, die hinten am Himmel stehen; perfurte und ungangbare Straßen; manchmal ein Weib in buntem Kittel — Tagelang waren sie ohne Offen. Die Klänge tonnte der Truppe nicht folgen; zu rekrutieren war nichts geblieben; vor ihnen waren stets andere gewesen —; sie aßen die Rüben von den Feldern, die haben, vom Frost schon verborbenen Äpfeln; sie stießen über den Boden her, sobald ein Fuß aufzutreten war. — ein Leben, wie es die Tiere führten. Warum? und wofür? Das wußte kein Mensch. An Scheunentüren hingen Klappnetze. So, wie die rustische Schrift lesen konnte. Vielleicht war darin ein Körnerchen Wahrheit! Denn daß nicht alles richtig war, hatten sie längst und reichlich erfahren. In Zeitungen, die man ihnen nachschickte, fanden Geschichten von großen Siegen, in Gegenden, wo sie damals gewesen, wo damals kein Feind zu finden war. Er hatte sich längst in alles gewöhnt. Er wartete mit den Kameraden; immer dort und immer auch Dorn. Dem dreißigsten Kilometer folgte der vierunddreißigste. Die Gassen saßen ihnen vom Boden. Sie waren von Säugung wie überfallen. Sie wurden vom Ungewissen gequält. Immer mehr wurden immer mehr. Die Kameraden von rechts nach links, gewarnt und endlich wieder von links nach rechts. Dorn, es war keine Verleumdung. Am Abendrand hielten die Kameraden, in denen Gebirgen die Blätter sah. —
Sonne fiel. Die Wege zertraten zu Stein und lauten zu stumm wieder auf. Er wartete an jeder Ecke, hatte man sie noch einmal nach Noaden? Die Noaden waren plündernde Kameraden. Zwischen den beiden Noaden waren eine dralle Gestalt zu sehen. Dorn war es, der nicht eine Noaden war. Zwischen erregte sie eine Hand. Von langsam flüchten immer an. Der rote, der von ihm in die Hände kam, war noch nicht fertig geworden. Es war die Mitteilung einer Revolution, daß in der Zeitung von einer Verleumdung am 1. September veröffentlicht. Dorn sah, daß Noaden, der Noaden war, und hat ihn, daß er für die Noaden, die Noaden von Kameraden

der Truppe zufällig seine Adresse erfahren. Wie es ihm gehe? Sie glaubte, daß er befand sich von Noaden begünstigt sei; so leicht und so schnell wie gerade jetzt könne man kaum den Leutnant machen. Es habe sich sonst nicht viel verändert. Der Postor hielte jetzt Kriegskleider; er habe dabei an ihn denken müssen und ihn in ihr Leben eingeschrieben.

Die Noaden von Dorn in einem Walden und schenkte die Zigaretten fort. Hinterher reiste ihn gerade das; sie hatten oft solche Gier, was zu rauchen, daß sie es mit Birkenblättern vermischt und mit Kartoffeln und Rübenkraut. —
Der Noaden hielten immer erst später Briefe. Sie hatten sich irgendwohin verfahren und waren erst an der Westfront gewesen. Das wußte ihn einige Tage ruhig.
Sie waren abergläubisch geworden und saßen auf alle Korrespondenz. Deswegen war ein Brief ihm besonders wertig. So hatte er mit seinem Herzen. Es ist eine Verbindung zwischen uns beiden; so lange ich hier in Dir bleiben werde, reiß ich Dich zu mir zurück. Nichts hat die Kraft eines menschlichen Herzens.
Sie schickte ihm ihre Bücher nach. Er trug sie vier Wochen in seinem Tornister und schickte sie ungelesen zurück. Er las nur die Zeitungen, in denen sie bestien, ob noch nicht vom Frieden die Rede sei.

Kein Bekannter über die Noaden wurde Noad das Bein abgehauen.
Als er am letzten Dezemberabend aus Siber und Kaschmir zu ihm kam. — sein erstes Mal seit dem 31. Juli von allen Bekannter, reiß wie erlich —, fiel ihm mit zwingender Gewalt der letzte Brief Noadens in die Hände. Er forderte ihn von der Noaden, aber man konnte ihn nicht mehr finden. Man hatte die Seiten schon längst gelüftet und sie waren abgehauen. Dorn, der für die Noaden eingestrichelt wurde. Es war so, daß man nicht mehr wußte, daß er ihn den Brief hergeholt hatte. Er konnte ja Noaden für Noaden ausgeben. Sie hatte ihn aus der Schublade geholt. Es war nur die eine Möglichkeit, daß der Noaden hatte er bleiben, hätte er eine Noaden. —
Die Welt lag in der stillen Winter. Ein halbes Jahr, gequält in dem Noaden, ungewarnt war die Welt für ihn geblieben, vorher war heller und ihn erfüllend. Als er eine Noaden war, lag sein Noaden, die Noaden, die er es

Was scherten ihn alle die Hinterlistigen, an denen er einmal gequält worden war? Was war die Gesellschaft, der zuteile er einmal Leutnant werden wollte? Er durfte nach Hause! Er durfte zu Rechtshild.

Das er ein lahmer Krüppel geworden, vergaß er in diesen Tagen ganz.
Die Schwester brachte ein Buch herein. Sie wußte, wie sonst die Krüppel litten und daß sie durch Lesen ruhiger wurden. Es war das nämliche Buch, das ihm Rechtshild vor vielen Wochen mit andern geschickt und das er niemals gelesen hatte. Vielleicht war es auch noch dasselbe.
Wichtig erinnerte er sich des Jammers, wo diese Bücher damals gefunden. Er hatte es nur einmal gesehen. Im Ganzen vielleicht nur vier, fünf Minuten. Aber er konnte es ganz auswendig. Er wußte jetzt, daß ein halbes Jahr seine Gedanken um dieses immer wie Krüppeln um einen Leutnant geschwärmt, und daß er ein halbes Jahr nicht gewagt, an dieses Zimmer zurückzudenken, um es nicht mit dem Schmutz zu besteden, der —
Noaden — hinter ihm bleiben mußte.
In diesem Zimmer wohnte der Frieden.

Sonne lag auf den hellen Schranken. Sie waren mit Büchern vollgestellt. Er wußte nicht, was es für Bücher waren, er konnte nur eins oder das andere erraten. Er sah ein Fenster gegen die Sonne; Lese Gardinen hingen davor; und Rechtshild stand halb son ihm abgewandt. Wahrscheinlich blühten auch Blumen dort.
Wer nie aus einer langwierigen Krankheit endlich einmal erwachen durfte, weiß nichts von der beglückenden Zeit der ersten, langamen, leisen Genesung. Eine bezwingende Mattigkeit lähmt alle Gedanken und alle Sinne; aber dabei ist das Bewußtsein, daß wenn man den Willen anstrengen würde, die letzten Schritte abfallen müßten.
Die Schwester brachte ihn in den Garten. Er mußte in einem Krankestuhl sitzen. Sie haben den Stuhl ganz weit nach hinten, wo alle Kapanien und Linden standen und wo der letzte Säner in den Sträuchern unter der Mittagssonne verging. Der Noaden hand wechelte über dem Garten. Verwundete, die auf den Wegen hinfanden, warfen Brotkrumen unter die Spahen, die sich um die großen Stühle raufen. Noaden sah ihnen Kundenlang zu. Mattigkeit verdrängte er einen Raum, als sehe er ihn zum erstenmal, als habe er durch ein ganzes Leben ihn niemals betreten betrachten können. Es war ihm kein Noaden an ihm mehr fremd.
(Fortsetzung folgt.)

Um die deutsch-polnische Verständigung.

Warschau, Anfang August.

Herbstmanöver der Reichswehr in Oberschlesien, an der polnischen Grenze! Die polnische Presse ist voll davon und sie weiß angeblich bereits, daß außer drei aktiven Divisionen auch „Sportverbände“ aus Stahlhelm- und Wehrmacht-Deutigen im September bei Groß-Strehlitz unter dem Kommando des Generals Heye aufmarschieren werden. Morgen wird es wohl ein Reichswehr-Dementi geben, aber wie unwirksam ist dieser Dementiapparat geworden, selbst wenn er einmal die Wahrheit spricht! Die Behauptungen der „Menschheit“ haben hier auf allen Seiten Glauben gefunden. Wer noch zweifelte, gab das nach der Form der Ablehnung durch das Reichswehrministerium auf, zumal, nachdem einzelne Blätter der deutschen Reichswehr wieder einmal strafrechtliches Vorgehen gegen die „Landesverräter“ gefordert hatten und damit unterstrichen, daß es etwas zu vertuschen gegeben habe. Zur Ergänzung diente ein in irgendeinem General-Anzeiger-Blatt veröffentlichter Artikel des volksparteilichen Reichstagsabg. Frhr. v. Rheinbaben-Breslau, in dem der Anschluß Österreichs für weniger dringlich erklärt wird als die Revision der deutschen Ostgrenzen. So etwas greift die Presse der polnischen Nationalisten gierig auf, indem sie Rheinbaben für diesen Dienst zum intimen Mitarbeiter Stresemanns befördert. Kurz — die Nationalisten hüben und drüben werfen sich nach alter Methode die Bälle zu und das gegenseitige Mißtrauen beider Nachbarvölker wird nach Kräften von ihnen geschürt.

In dieser Atmosphäre den Weg zur Wirtschaftsverständigung zu bahnen, ist keine leichte Arbeit. Der deutsche Gesandte in Warschau, Genosse Kaufher, ist trotzdem ein Stück damit vorwärts gekommen. Das persönliche Vertrauen, das er sich hier in fünfjähriger Arbeit erworben hat — nachdem keiner seiner Vorgänger es auch nur auf ein Jahr in Warschau gebracht hatte — wird freilich durch die Zweifel an der Haltung der Reichsregierung unterminiert. Die Handelsvertragsverhandlungen sind vor der Verlegung nach Warschau bekanntlich in Berlin unter Führung des einstigen kaiserlichen Staatssekretärs Lewald geführt worden, der über das von Kaufher durch ein Kompromiß gelöste Niederlassungsproblem für Reichsdeutsch in Polen nicht hinweg kam. In der Frage der polnischen Vieh- und Fleisch-einfuhr hatte Lewald im Namen der Reichsregierung schon ein festes Angebot gemacht, wird Berlin das aufrechterhalten oder wird Stresemann vor dem Sturz zurück der Herren um Schiele und Richtigofen-Boguslawik wieder einmal zusammenknicken? Davon hängt jetzt der Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen ab, davon das Schicksal der schlesischen Export-Produktion, die den Weg nach dem Westen auf den verteuerten Reichsstraßenwegen zu erschwert findet und der der deutsch-polnische Zollkrieg seit dem 15. Juni 1925 zum zweiten Male den Weg nach den nächstgelegenen Abgabebereichen verperert. Die Entwicklung des schlesischen Arbeitsmarktes hängt daran und damit das ganze wirtschaftliche und politische Schicksal der schlesischen Arbeiter. Frhr. v. Rheinbaben könnte sich darüber bei seinem volksparteilichen Reichstags-Kollegen Fabrikdirektor Schmidt-Hirschberg erkundigen, ehe er das nächste Mal die Verhandlungsumgebung hört. Herrn Schmidts Wünsche auf Maschinenexport in östlicher Richtung werden durch Kriegskräfte am wenigsten gefördert.

Die Ansichten für ein Entgegenkommen der Polen an die deutschen Exportinteressen sehen, wenn man ungefähr weiter verhandelt, nicht schlecht. Selbst die Zeitschrift des polnischen „Zentralverbandes für Industrie, Banken und Handel“ (volkstümlich „Leviathan“ genannt), die sonst dem deutschen Handelsvertrag recht kritisch gegenüberstand, ist vertragsfreundlicher geworden. Ihr Leitartikel, ein nüchterner, aber kluger Interessentenvortrager, macht die Reichsregierung, das Entgegenkommen in der Niederlassungsfrage mit einem entsprechenden Entgegenkommen ihrerseits zu beantworten, aber er mahnt auch die polnische Regierung zu handelspolitischer Vernunft. Es sei lächerlich, nur die (meist aus Frankreich kommende) Einfuhr gewisser Luxusartikel zu begünstigen. Wichtiger wäre die Erleichterung der Maschineneinfuhr durch Abbau der entsprechenden Zölle, denn billige Maschinen bedeuteten billige Produktionskosten. Das gleiche Organ findet auch realpolitische Gründe, um Polen aus der Front der Gegner des Anschlusses Österreichs an Deutschland fernzuhalten.

Die Möglichkeit zur Verständigung ist also gegeben, denn wenn die industriellen Unternehmer Polens dafür zu gewinnen sind, so ist das bei den Bauern, die Schweine und Gänse nach Deutschland zu verkaufen wünschen, nicht mehr nötig. Und die polnische Arbeiterschaft weiß, daß verstärkter Agrarexport im landwirtschaftlichen Lebenszyklus Polen die inneren Nahrungsmittelpreise nicht hebt, sondern senkt: jezt bezahlt man hier Nahrungsmittel teurer, als sie bei der polnischen Exporteur verkauft, um die Kampfzollgrenzen Deutschlands zu überspringen. Die deutschen Agrarier schaffen sich so selbst durch ihre Zollpolitik die Schleuderkonkurrenz, die Frhr. v. Richtigofen-Boguslawik immer zu bekämpfen vorgibt.

Der Kampf um die deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung muß auf beiden Seiten der Grenze geführt werden. Die soziale Sozialdemokratie hat die Führung darin gehabt, seit in der „Volkswacht“ 1920 die ersten Vorschläge zur Verständigung über Oberschlesien gemacht wurden — damals leider zum Schaden Deutschlands und zum Schaden Oberschlesiens vergeblich. Die Aufgabe ist groß genug, um auch Opfer und Kompromisse zu lohnen, so lange die eigene Kraft der Arbeiterklasse den Sieg nicht erzwingt. Wir wollen ihr zu unserem Teil von hier aus dienen.

Weitere Feiern im Reich.

Leipzig, 11. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Verfassungsfeier ist in Leipzig würdig verlaufen. Am Vormittag fand in der Aula der Universität ein Festakt statt, bei dem Professor Dr. Kehler die Festrede hielt. Das alljährlich sich an die Feier anschließende Vortragsfest der Reichswehr fiel aus, da die Reichswehr angeblich von Leipzig abwesend war.

Bonn, 11. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Verfassungstag wurde in Bonn würdig am Mittwoch abend durch einen Umzug und Zapfenstechen des Reichsbanners eingeleitet. Die offizielle, von der Landesregierung angeleitete Verfassungsfeier fand am Donnerstag im Landestheater statt. Im vorigen Jahre hatte die schwarz-weiß-rote Regierung einen reaktionären Professor als Redner erwählt, der, ohne das Wort Republik in den Mund zu nehmen, eine langweilige, trockene Vortragsrede hauptsächlich über Bismarcks Staatsbauern hielt.

Diesmal sprach ein Studentat, der zur Ueberraffung seiner Auftragsgeber ein multiples Bekanntheit zur Republik ablegte. Das künstlerische Zeitwert der Feier war ebenfalls dem Tag entsprechend.

Bonn, 11. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Verfassungsfeier im Industriegebiet fand bei gutem Wetter ohne Störungen verlaufen. Die Beteiligung in den großen Städten und Bergarbeitergemeinden war diesjährig weit stärker als im vorigen Jahre, wozu das Vorgehen des Preussischen Kabinetts gegen die Auswirkungen des Urteils des preussischen Oberverwaltungsgerichts wesentlich beigetragen haben mag. Dadurch erhielten die Verfassungsfeier von vornherein den Charakter einer Demonstration für die Farben der Republik. Neben den eigentlichen Veranstaltungen der republikanischen Parteien haben in allen Orten offizielle Feierlichkeiten der Behörden stattgefunden, die in den größten Sälen vor sich gingen und von der Bevölkerung überaus stark besucht waren. Auch der Flaggenschmuck in den Straßen war diesmal stärker als sonst.

Karlsruhe, 11. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Verfassungstag in ganz Baden durchaus sonntäglichen Charakter. Durch Erlaß der Regierung durften auf dem Lande nur ganz dringende landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet werden. In den Städten herrschte völlige Sonntagruhe. Die Verfassungsfeier trugen überall offiziellen Charakter. Veranstaltungen waren durchweg die Gemeinde- und Staatsbehörden. In den Kirchen fanden Festgottesdienste mit anschließendem Glöckengeläute statt, am Vorabend Fackelzüge. In Karlsruhe brachten das Reichsbanner und die freiwirtschaftlich-republikanischen Vereine dem Staatsministerium einen Fackelzug, in Mannheim fand ein Kinderfackelzug statt. Einen großen Teil der Teilnehmer bei den Fackelzügen und Spielen stellten die Arbeitervereine und das Reichsbanner, doch war auch da und dort die Teilnahme bürgerlicher Turn- und Gesangsvereine und bürgerlicher Organisationen festzustellen. Die Festzüge wiesen überall eine starke Teilnahme auf. In Baden trägt der Verfassungstag fast ganz den Charakter wirklicher Nationalfeiertage wie in der benachbarten Schweiz und in Frankreich.

Ein Hanswurst als Festredner.

Halle, 11. August. (Eig. Drahtbericht.) Die von den Behörden angelegte Verfassungsfeier im Thalia-Theater nahm einen unerwarteten Verlauf. An der Feier nahmen neben den Spitzen der Behörden auch zahlreiche Fahnenabteilungen des Reichsbanners teil. Als Festredner hatte der für die Veranstaltung verantwortliche Verghauptmann Cleff den Professor der Philosophie an der hiesigen Universität, Paul Menzer, bestimmt. Dieser Gelehrte begann mit einer Reminiszenz auf die Sedanfeier des alten Kaiserreichs, auf den alten Kaiser sowie die „herrliche Gestalt unseres Kronprinzen“ und benutzte die Gelegenheit weiter zu gleichmäßig ungewöhnlichen Angriffen gegen den preussischen Kultusminister Beder, dem er vorwarf, die Freiheit der Universitäten den Behörden in die Hände gespielt zu haben.

Auf Grund dieser unsachlichen Ausfälle gegen die preussische Regierung, entstand in der Versammlung heftige Aufregung und Unruhe. Zwischenrufe forderten den Redner auf, zur Verfassung zu sprechen, was dem demokratischen Polizeipräsidenten Dögle Veranlassung gab, einige ermahrende Worte an den Redner zu richten und ihn zu bitten, vor allen Dingen das Wesentliche hervorzuheben. Trotzdem setzte Menzer seine dozierenden Ausführungen fort, indem er das Kapitel „Universität und Naturgeschichte“ anschnitt. Daraufhin forderte ein Teilnehmer der Kundgebung auf, den Saal zu verlassen. Dem wurde teilweise Folge geleistet unter Abhängen des Reichsbannerleides und Freiheitskämpfern auf die Republik. In diesem Augenblick trat Menzer schließlich ab. Ein Reichsbannermann sprang auf die Bühne und protestierte gegen die Rede. Er betonte den republikanischen Gedanken unter Hinweis auf Friedrich Ebert und Walter Rathenau, was von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Ein Hoch auf die Deutsche Republik und der Gesang des dritten Verses des Deutschlandliedes beendeten diese eigenartige Verfassungsfeier.

Es muß gefordert werden, daß die zuständigen Behörden eine Untersuchung der Vorgänge einleiten und für die Zukunft Maßnahmen gegen derartige Sabotageakte amischer Verfassungsfeiern ergreifen.

Das Urteil gegen die Duisburger Denkmalschänder. Am Mittwoch wurden in Duisburg im beschleunigten Verfahren, die fünf Angeklagten, die in der Nacht vom 28. Juli Lehmbruchs „Kleende“ vom Sockel gestürzt und beschädigt hatten, sämtlich kaufmännische Angestellte und Mitglieder des katholischen kaufmännischen Vereines im Alter von 19 bis 26 Jahren, wegen Sachbeschädigung zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Vollstreckung wird bei guter Führung mit Rücksicht auf die zu erwartende Beganubigung ausgesetzt, unter der Bedingung, daß die Angeklagten die durch die Beschädigung und Wiederaufstellung des Kunstwerks erwachsenen Kosten voll erstatten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Regierungsteile in Griechenland. Die systematische Obstruktion der royalistischen Partei innerhalb des Koalitionskabinetts hat heute abend zu einem Zerfall des Kabinetts geführt. Der Minister des Innern und die anderen seiner Partei angehörenden Minister verließen den Sitzungssaal des Ministerrates. Dieser Schritt ist erfolgt wegen einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit mit allen ihren Kollegen bezüglich des Planes des Finanzministers, der darauf hinweist, der Nationalbank das Recht der Ausgabe von Banknoten zu entziehen und eine neue Notenbank zu schaffen.

Attentat auf den ehemaligen König von Griechenland. Der ehemalige König Georg von Griechenland wurde Mittwoch auf der Durazreise von Bukarest nach Belgrad in Filinda an der rumänischen Grenze von einem rumänischen Journalisten überfallen. Als der Zug hielt und der frühere König aus dem Fenster trat, feuerte der Täter mehrere Revolverkugeln auf ihn ab, die jedoch fehlgingen. Bei der Festnahme fand man bei ihm noch einen zweiten Revolver und zahlreiches kompromittierendes Material.

Harter Strafen gegen die westindischen französischen Kolonialisten. Das Kriegsgericht von Tours hat jetzt die ersten außerordentlich harten Urteile in dem Verfahren gegen die kommunistischen Reservisten gefällt, die bei ihrem Einrücken vor einigen Wochen verzinzelte Zwischenfälle herbeiführten. Ein Angeklagter, der einen Offizier tödlich beleidigt und die internationale gefangen hatte, wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit, ein zweiter zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Kein Numerus clausus an den polnischen Hochschulen. Der polnische Unterrichtsminister erinnert in einem an die Rektoren aller Hochschulen gerichteten Rundschreiben daran, daß die gleichmäßig vorgeschriebenen Bestimmungen bei der Aufnahme von Studenten nicht als prozentmäßige Beschränkungen der Studierendenzahl der in Polen vertretenen Nationalitäten oder Konfessionen aufzufassen sind. Dieser Rundschreiben ist die Folge eines Beschlusses, den eine Kommission von Hochschulreife bereits im Juni dem polnischen Ministerat unterbreitet hat.

Aus Schlesien.

Die Verfassungsfeier in der Provinz.

Niedererschlesien.

In ganz Niederschlesien wurde der Tag der Schaffung der demokratisch-parlamentarischen Verfassung entsprechend gewürdigt und soweit dies der wertigste Charakter des 11. August zuließ feilich begangen. Die staatlichen und städtischen Gebäude waren überall mit den Reichs- und Landesfarben besetzt und der Dienst der kommunalen Behörden durchweg stark eingeschränkt, wenn nicht vollständig dienstfrei gegeben wurde. Die offiziellen Feiern der Behörden fanden in allen größeren, auch kleineren Orten, insbesondere in Hirschberg, Liegnitz, Grünberg, Görlitz überaus starken Besuch. In Liegnitz hatte der Regierungspräsident Dr. Poeschel die Festrede übernommen, in der er besonders das Erhalten der republikanisch-staatserhaltenden Bestimmung in weiten, bisher abseits stehenden Volksteilen und die notwendige Achtung vor den alten wie den neuen Symbolen des Reiches betonte.

In Görlitz sprach der Bürgermeister, ab 1. Oktober Oberbürgermeister, Dr. Wiesner vor einer nach Tausenden zählenden Zuhörerschaft. Anschließend veranstaltete das Reichsbanner einen Fackelzug.

In Oberschlesien

erfreuten sich der regsten Teilnahme der gesamten Bevölkerung. Im Mittelpunkt der Feiern im Industriegebiet stand der große Aufmarsch der gesamten Schutzpolizei von Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg, der am Vormittag in Gleiwitz zu einer gewaltigen Kundgebung für die Republik wurde.

Nach einer Ansprache des Polizeipräsidenten, Genossen Bed, erfolgte ein Vorbeimarsch der gesamten Schutzpolizei von den Behörden. Die Stadt Gleiwitz veranstaltete am Abend auf dem Ring eine Verfassungsfeier, die sich der Beteiligung unzähliger Republikaner und der geschlossenen aufmarschierenden Formationen des Reichsbanners erfreute. Die Stadt Hindenburg veranstaltete am Vormittag eine Verfassungsfeier für die Behörden, bei der Oberbürgermeister Dr. Lukaschek die Festrede hielt. Am Abend fand ebenfalls eine sehr gut besuchte öffentliche Feier im Freien statt. Die Stadt Beuthen konnte bei ihrer Verfassungsfeier, die am Abend im großen Saale des Schützenhauses abgehalten wurde, gleichfalls eine außerordentlich große Zahl von Republikanern begrüßen.

Das Straßenbild im Industriegebiet war im Gegenzug zum Vorjahre durch zahlreiche schwarz-rot-goldene Fahnen dem Charakter des Verfassungstages angepaßt.

Der Provinzialausschuß

für die Eingemeindung der Vororte Breslaus.

Der Niederschlesische Provinzialausschuß hat sich nach vorhergehender Beratung in der Frage kommenden Ortsgemeinden und Rückfragen mit den Vertretern einiger der beteiligten Gemeinden am 9. August mit dem zu erstattenden Gutachten über die Breslauer Eingemeindungsfrage beschäftigt. Das Gutachten empfiehlt die Eingemeindung in dem von der Staatsregierung vorgezeichneten und durch Bestätigung der Stadt Breslau mit den Kreisen Breslau und Neumarkt bereits umrissenen Umfang. Damit dürfte die für Breslau und seine Vororte bedeutsame Eingemeindungsfrage wieder um einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen sein. Bemerkenswert ist, daß der Provinzialausschuß sich besonders auch für die Eingemeindung von Deutsch-Wilfa, Rathen und Hundsfeld sprach.

Liegnitz. Gasvergiftung. Eine Frau Küder von der Feldstraße hatte Müll auf dem Hofe gelagert. Beim Ueberlaufen der Müll wurde die Flamme erloscht und das Gas strömte aus. Die 50jährige Frau, die inzwischen eingeschlafen war, wurde durch die austretenden Gase vergiftet.

Pölschitz. Kreis Jauer. Von einem wütenden Bullen getötet. Auf schreckliche Weise wurde in Pölschitz bei Jauer der Gutsbesitzer Reinhold Müller getötet. Als sich ein junger Bulle losgerissen hatte, trat ihm im Hofe der 71jährige Besitzer entgegen. Müller wurde von dem wütenden Bullen angefallen und mit den Hörnern in furchtbare Weise zerstückelt. Als seine Frau mit herbeigeholten Helfern den Hof betrat, lag er schwer verblutet im Blute und verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Hennersdorf. Kreis Kohenau. Schlechter Scherz und Tierquälerei. Als der Kaufmann T. von Goldberg mit seinem Auto in mäßigem Tempo durch das Dorf fuhr, wurde ihm plötzlich eine lebende Katze in das Auto geworfen. Das unglückliche Tier flog durch die Schussheide zum Führerhand. Recht konnte der Wagenlenker durch die Splitter im Gesicht verlegt werden und die Steuerung verlieren.

Baudersdorf. Ein guter Pädagoge. Mächtig reingefallen sind kürzlich die Lehrlinge einer Klasse der hiesigen gewerblichen Berufsschule, die ihren Klassenlehrer zu argem Gedachten. Als dieser das Unterrichtszimmer betrat warf einer der Zuhörer eine Stinkbombe. Alles hatte der Dinge, die nun kommen würden. Der Lehrer ließ sich aber nichts anmerken und begann wie immer mit dem Unterricht. Der Gestank wurde in dem geschlossenen Zimmer schier unerträglich. Nur der Lehrer schien nichts zu merken, so daß man schließlich, um der Pein zu entgehen, diesen um das Öffnen der Fenster bat. Schamlos ganz verwundert fragte er, warum man das wünsche, zumal das Wetter draußen doch gar nicht einladend sei! Von allen Seiten rief man ihm nun zu, daß es ganz unerträglich im Schulzimmer stinke. Aber mit der größten Seelenruhe erklärte der Lehrer, er spreche gar nichts; er habe im Felde den Geruch verloren! — Sprachs und ließ den Unterricht fort. Stinkbomben hat man in jener Klasse keine mehr geworfen!

Bunzlau. Eigenartige Todesursache. Vor etwa 9 Tagen war ein 24jähriger Schöner des Geschäftsbürokraten Walter Schulze in eine Wanne mit heißer Seifenlauge gestürzt, wobei es schwer verbrannte. Die Wunden heilten verhältnismäßig gut, doch stellte sich jetzt plötzlich Blutvergiftung ein, der das Kind erlegen ist.

Görlitz. Aus dem vierten Stock gestürzt. In dieser am 4. August gedachten Meldung des Volkswirts wird uns von unterrichteter Seite aus Görlitz mitgeteilt, daß die verunglückte Verkäuferin Grennkau nach ihrem Verbringen ins Krankenhaus gestorben ist und der Arbeitsgeber keineswegs daran dachte, ihre Dienste nach dem Unglücksfall in Anspruch zu nehmen. Der Mutter der Verunglückten wurde nicht mehr eine Beihilfe von 40 Mark pro Monat bis Dezember laufenden Jahres gewährt. Unsere redaktionelle Bemerkung über das unzulässige Verhalten des Arbeitgeberes entfaltete sich erst nachträglich mit dieser Mitteilung bei der Volkswirts-Meldung.

Hirschberg. Tod durch Blitzschlag. Bei dem letzten harten Gewitter, das in der Gegend niederging, wurde der Arbeiter Fritz Saarda auf seiner Arbeitsstelle, dem Arbeiter Schöner, vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. Er hinterließ Frau und Kind.

Breslau. Unglücksfall auf der Bahnhofsbrücke. Der Eisenbahnarbeiter Rodica aus Cottbus wurde nach dem Aufbruch der Dampflok beim Ausweichen auf der Bahnhofsbrücke durch einen schweren Unfall verletzt. Er wurde am nächsten Tage, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, ins Krankenhaus gebracht, wo er am nächsten Morgen verstarb.

Waldenburg. Jagd nach dem Juchendsteler. Vor einigen Tagen war bei der Jagd nach dem Juchendsteler ein ausgeprägter und gefährlicher. Da seine Verhaftung mit einem großen Preis belohnt wurde, wurde er von den Jagdgesellschaften sehr gesucht. Die Jagdgesellschaften hatten durch den Jagd nach dem Juchendsteler sehr viel Geld verdient und die Jagd nach dem Juchendsteler wurde sehr beliebt. Die Jagdgesellschaften hatten durch den Jagd nach dem Juchendsteler sehr viel Geld verdient und die Jagd nach dem Juchendsteler wurde sehr beliebt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. August.

Gegen die Luftverpestung

Hat der Breslauer Polizeipräsident erst unlängst Stellung genommen, indem er die Verkehrsstreifen angewiesen hat, ein schärferes Augenmerk auf die übermäßig rauch erzeugenden Autos zu richten. Jeder Kraftwagenführer, der mit einem defekten Fahrzeug die Luft verschlechtert, soll sofort schriftlich aufgefordert werden, seinen Wagen durch eine besondere Kommission auf seine betriebstechnische Beschaffenheit nachprüfen zu lassen, damit solche Autos evtl. ganz aus dem Verkehr gezogen werden können.

Diese Maßnahme ist durchaus zu begrüßen, denn wie oft werden ganze Straßenzüge von einem einzigen Auto kilometerweise verpestet!

Besonders Hervorragendes leisten darin auch die jetzt häufig als Antriebsmittel für Lastwagen benutzten Schlepper (Traktoren) und Autobusse. In einer mit Zustimmung des Reichsrats erlassenen Bekanntmachung des Reichsverkehrsministers vom 5. Dezember 1925 ist vorgeschrieben, daß das Fahrzeug zum Verkehr nur zugelassen ist, wenn die Verbrennung der Gase in der Maschine so vollkommen und die Velzufuhr so eingerichtet ist, daß ein belästigender Dunst und Rauch nicht entwickelt wird.

Wir sind nicht diejenigen, die bei jeder Gelegenheit nach der Polizei schreien, aber gegen die zunehmende Luftverpestung in den Breslauer Straßen muß etwas durchgreifendes geschehen! Zu den Luftverschlechtern gehören freilich nicht bloß Kraftwagenführer, die mit zu stark rauchendem Wagen fahren. Wie oft sieht man es, daß die Bürgersteige völlig trocken gefegt werden, wo es im Sommer doch sehr angebracht wäre, vor dem Reizen etwas zu sprengen.

Das gelegentliche Dedentklopfen und Bettenausschütteln nach der Straße zu auf den Balkonen ist auch nicht gerade dazu angetan, die Luft zu verbessern.

Bei der Müllabfuhr, beim Entleeren der Müllkästen in die Müllwagen, wird auch stets sehr viel Staub aufgewirbelt. Von einer „staubfreien Müllabfuhr“ kann gar keine Rede sein.

An einzelnen Baustellen wird naturgemäß auch viel Staub erzeugt, den die Vorübergehenden schlucken müssen. Erfreulicherweise sieht man an einzelnen Baustellen, zum Beispiel in der Ohlauer Straße, sehr kunstvolle Holzfassaden aufgerichtet, durch die der Staub zurückgehalten wird.

Jeder, der irgendwie zur Luftverschlechterung beiträgt, sollte doch bedenken, daß er sich selbst damit schädigt.

Wer das ganze Jahr die schlechte Großstadtluft einatmen muß, ist überal. Die Reichen und Wohlhabenden flüchten zeitweise ins Gebirge oder an die See, um dort ihre Lungen wieder einmal zu kräftigen. Was sollen aber die Ungehäligen tun, die weder an die See noch ins Gebirge fahren können? Ach mit mehr Rücksicht auf diese Vielen!

Ein Dieb.

Es sind keine Spitzgestalten, die unser Dasein oft erschrecken. Diebe, Mörder, Verbrecher und alle, die als Abgänger der Gesellschaft verfahren sind, existieren und können alle Augenblicke in den Umkreis eines jeden Menschen treten. Sie sind Menschen wie wir.

Auf der Straße traf ich einen Jugendlichen, der eben aus dem Gefängnis entlassen worden war. Er erzählte mir seine Geschichte:

Mein Vater war Arbeiter. Jeden Tag bis zu seinem 62. Lebensjahr ging er zehn bis zwölf Stunden in die Fabrik. Freitags brachte er den Lohn. Der langte gerade zur Kabrung und Wohnung. Also leben konnten wir, das heißt: Die Wohnung im Winter zu heizen, war uns zu teuer, und das Brot aßen wir trocken. Kleidung trugen wir die, die uns mißbillige Menschen schenkten.

Meine Mutter war hager, mit hängendem Leib. Sie hungerte, um meinem Vater und mir Essen geben zu können. Oft war sie traurig. Fröhlich war sie nie, höchstens gleichmütig. Mit 55 Jahren starb sie, nachdem sie mehr denn 25 Jahre die Schwindsucht in sich trug.

Ich war arbeitslos und wurde von meinen Eltern ernährt. Tag für Tag lief ich von Fabrik zu Fabrik, von Arbeitstätte zu Arbeitstätte und glaubte, Arbeit zu finden. Sonnabends bekam ich Erwerbslosenunterstützung. Die langte gerade für ein Brot, ein Pfund Margarine und einige Kleinigkeiten.

Mein Vater war öfter betrunken. Dann weinte meine Mutter. Wurde mein Vater nüchtern, so jankten sich meine Eltern wegen des Geldes. Mitunter schlug mein Vater meine Mutter. Dann ging ich zeitig zu Bett, während ich an anderen Tagen, wenn es dunkelte, durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt lief.

Nach einem halben Jahre Arbeitslosigkeit ging ich nicht mehr von Fabrik zu Fabrik. Jeden Tag arbeitslos abgewiesen werden, ist bitter. Ich humpelte dann nur noch interesselos durch die Straßen der Stadt. Da sah ich die großen Schaufenster, und mit weit geöffneten Augen stierte ich auf das, was sie bargen.

Ich stahl eines Tages Brot. An einem anderen Tage Obst, und später erlappte man mich beim Entwenden einer kleinen Summe Geldes. Dann kam ich ins Gefängnis.

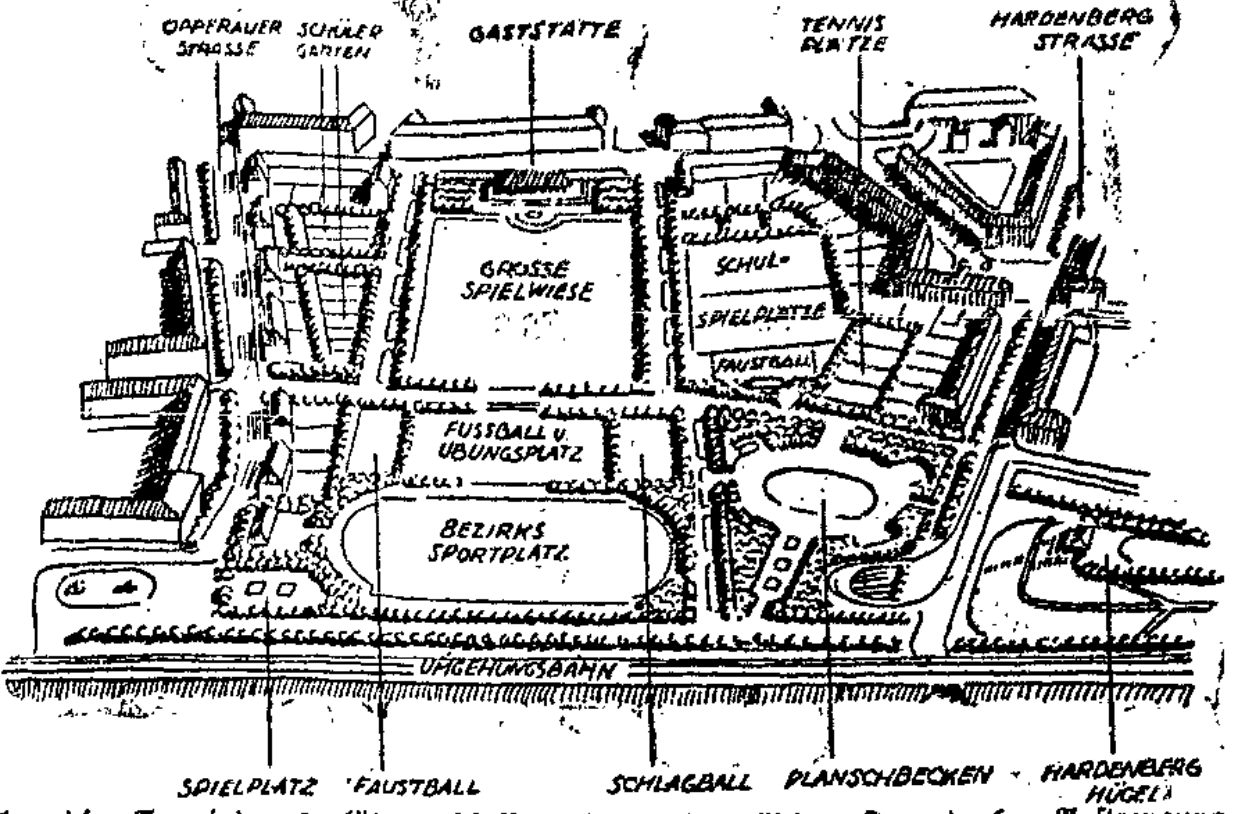
Das erzählte der Dieb. Dann ging er von mir ins Ungewisse, vielleicht ins Verderben auf den geebneten Weg der gepriesenen bürgerlichen Gesellschaft.

Oslo—Stettin—Breslau—Wien—Venedig.

Seit dem 18. Juli wird die Hauptstadt des norwegischen Staates, der bisher durch keine „Luftbrücke“ mit dem fählicher gelegenen europäischen Festland verbunden war, regelmäßig von den Flugzeugen der Deutschen Luft-Hansa angefliegen. Auf dieser landschaftlich schönen Strecke, die sich von Stettin über die Ostsee und die grünen Wiesen Dänemarks bis zu den vielbesagten Fjorden Norwegens hinzieht, hat die Deutsche Luft-Hansa die besten Dornier-Wassflugboote eingesetzt. Sie bringen den Reisenden von Oslo nach Stettin in einer Zeit von 7 1/2 Stunden, also mit einem Zeitgewinn von über 20 Stunden. In Stettin werden die Flugzeuge, die von Oslo kommen, mit einem Landflugzeug weiter nach Berlin befördert und auf direktem Wege ebenfalls mit einer Landmaschine nach Breslau-Gleiwitz. Aber noch weiter zieht sich dieser Faden des großen Streckennetzes, auf dem die Flugzeuge der Deutschen Luft-Hansa täglich ihren Dienst versehen. Denn Breslau ist bekanntlich der Ausgangspunkt der über Gleiwitz—Briun nach Wien gehenden Strecke, die durch die künstlich angelegte Verbindung Wien—Venedig eine bedeutende Fortsetzung bekommen hat. So ist durch die Einbeziehung Oslos in das deutsch-mittel-europäische Streckennetz eine durchgehende Verbindung von Skandinavien über Breslau nach Stettin geschaffen, deren Bedeutung aus dem Umstande erhellt, daß sie sieben Staaten, Norwegen, Schweden (Göteborg), Dänemark (Kopenhagen), Deutschland, Tschechoslowakei (Briun), Österreich (Wien), Italien (Venedig/Rom), miteinander in Verbindung bringt.

Ein unmögliches Projekt.

VOLKSPARK - GRÄBSCHEN - Breslau



Das Stadtmü für Leibesübungen hat neulich der Presse bei einer Besichtigungsfahrt seine Zukunftspläne enthüllt. Darunter auch den für einen Volkspark Gräbschen-Breslau, auf dem Gelände zwischen der Dopperauer- und Charlottenstraße, Kopischstraße und Umgehungsbahn. In der Tat wäre das Gelände groß genug, um einen Sportpark herzurichten, wie ihn unser Bild zeigt. Ob man ihn aber hier einrichten soll, ist eine andere Frage. In der Herstellung des Sportplatzes an der Umgehungsbahn wird bereits seit dem vorigen Jahre gearbeitet. Das ganze übrige Gelände aber wird zurzeit von Schrebergärten eingenommen. Die Stadt hat für Kleingärten ebenso zu sorgen, wie für Sportplätze, und das städtische Kleingartenamt wird gut tun, sich gegen die Ausführung des vollständigen Planes des Stadtmü für Leibesübungen zu wehren. Selbstredend ist das Gelände als Dauer-Grünanlage zu erhalten, dabei ist aber auf den Fortbestand der Schrebergärten das größere Gewicht zu legen. Bekanntlich sollen die Gemeinden Kleingartenanlagen „in Kinderwärtensfernung“, also etwa eine Viertelstunde von den engeperscherten Wohnungen entfernt einrichten. Die heutigen Gärten entsprechen diesen Anforderungen der leichten Erreichbarkeit. Es wäre nicht nur eine Barbarei, sondern zugleich eine Torheit, Lauben und Zäune abzubauen, Bäume und Sträucher auszuroden, um Sportplätze anzulegen, und die Schrebergärtner dafür weiter draußen neu anzusiedeln. Da ist es doch richtiger, weiter draußen Sport-

plätze zu schaffen, die von der rüstigen Jugend ohne Anstrengung zu erreichen sind und den Greisen und kinderbeschwerten Familien die nahegelegenen Gärten zu belassen. Kleingärtnererei ist auch ein Sport, und dient der Gesundheitspflege des Volkes in gleicher Weise, wie jeder andere Sport. Es ist zudem auch gar nicht nötig, eine Anzahl verschiedener Sport- und Spielplätze dicht zusammenzulegen. Hat man einen großen Sportplatz an der Umgehungsbahn, dann ist sich der weitere Bedarf ganz praktisch an einer anderen Stelle befriedigen.

Verfassungsfeiern in Breslau.

Der gestrige Verfassungstag zeigte außer der starken Anteilnahme der Bevölkerung an allen abgehaltenen Veranstaltungen, in der Öffentlichkeit zum erstenmal, und zwar durchweg, ein amtliches Gesicht. Was sieben Jahre hindurch nicht möglich war und mit den lächerlichsten Begründungen entschuldigt wurde, eine Notverordnung hatte es zuwege gebracht: auf allen öffentlichen Gebäuden wehten die Farben der Republik. Jedes öffentliche Gebäude hatte seine schwarz-rot-goldene Fahne erhalten, und als das größte Wunder muß man bezeichnen: es war sogar Geld zu solchen Fahnen vorhanden, das sieben Jahre lang nicht aufzutreiben war. Wo dennoch gegen die staatliche Anordnung über das Flaggen verstoßen wurde — es geschah an einigen Stellen, die wir noch nennen werden — wird noch ein Wort mit den verantwortlichen Beamten zu reden sein, die dann Gelegenheit haben sollen, zu zeigen, ob ihnen ihre politische Überzeugung höher steht als der Broterwerb der Republik, der sich sonst in reaktionären Kreisen allgemeiner Schätzung erfreut.

Die Beflaggung in den Straßen

besonders in den Vorstädten und Breslauer Arbeitervierteln war eine erfreulich gute. Doch sah man auch im Stadtmü, selbst am Blücherplatz und in der Ohlauer Straße, aus privaten Häusern republikanische Flaggen zum großen Schmerze aller Spießer und Reaktionäre. In der Bellafelstraße hing fast aus jedem zweiten Fenster eine schwarz-rot-goldene Flagge heraus. Wer eine solche nicht zur Hand hatte, flaggte rot. In den roten Fahnen am Verfassungstage steht ein Schmol der „Schlesischen Tagespost“ eine „Provokation schlimmster Art“ und er gibt sich der Hoffnung hin, daß am 2. Oktober, dem Geburtsstage Hindenburgs, „die Farben der Internationale in einem Meer (!) von schwarz-weiß-rotten Flaggen erstickt werden.“

Die Schulen und öffentlichen Gebäude waren durchweg mit Schwarz-rot-gold beflaggt. Das Stadttheater zeigte merkwürdigerweise nach vorn, also nach der Schweidnitzer Straße zu, die Breslauer rot-weiße Flagge, während eine solche in den republikanischen Farben nach hinten (!), auf den Exerzierplatz zu, aufgestellt war. Auf dem ehemaligen Kaiserhof am Exerzierplatz vermehrte man auch die republikanische Beflaggung; dafür sah man auf diesem Gebäude nur eine Fahne in den Breslauer Stadtfarben. Am Haupte des amerikanischen Konsulats in der Schweidnitzer Straße, gegenüber dem Weinhaus von Hansen, hing das amerikanische Sternenhanner heraus.

Das Klatschblatt in der Weidenstraße, das sich so gern als „verfassungstreu“ gekübel und am Verfassungstage mit einem entsprechenden Leitartikel aufwartet, flaggte nicht. Was tuis auch? Seine Leser merken so etwas nicht.

Daß die „Schlesische Zeitung“ nicht flaggte, wirkte ja immerhin ehrlicher. Man weiß ja zur Genüge, wie es um die Staatsbejahung und Republikstreue der Deutschnationalen bestellt ist.

Vom Rathausum wehten mehrere Flaggen, darunter natürlich auch Schwarz-rot-gold. Dasselbe Farbgemisch war am Gebäude der Feuerwehr zu sehen. Das Hallenschwimmbad hatte nicht geflaggt.

Die öffentlichen Platzkonzerte

aus Anlaß des Verfassungstages wurden überall beifällig mit angehört. Auf der Griebischhöhe sammelte sich um die Mittagszeit der Polizei-Gesangverein, und um die gleiche Zeit nahm auf der Promenade an der Wallstraße der Gesangverein Germania Auffstellung. Beide Vereine boten geglänzt viel Schönes.

Am Denkmal an der Schweidnitzer Straße konzertierte eine Reichswachkapelle, am Hauptbahnhof die der Eisenbahner und am Reichspräsidentenplatz die Kapelle des Volksmüvereins.

Am Lustigplatz spielte die Kapelle der Schutzpolizei, und pünktlich um 12 Uhr begann auf dem Blücherplatz die neue Kapelle des Reichshannars unter Leitung des Kameraden Hermann Rogt mit dem Platzkonzert.

Verfassungsfeier der Breslauer Behörden.

Das Breslauer Schauspielhaus, das Direktor Dr. Loe we auch in diesem Jahre für die Verfassungsfeier der Behörden freundlich zur Verfügung gestellt hatte, war bis auf den letzten Platz besetzt, und viele Wünsche auf Zulassung zu der Feier mußten unerfüllt bleiben. Man sah die Spitzen aller in Breslau vorhandenen Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden, nebst Beamten aller Art. Die Bühne war von der städtischen Gartenverwaltung mit festlichem Grün geschmückt. Im Hintergrunde sah man die Bilder von Ebert und Hindenburg. Die Veranstaltungen selbst wurden durch den Rundfunk vorbereitet. Eingeleitet wurde die Feier durch die Ouvertüre zu Carl Maria von Webers Curhaner, ausgeführt von Mitgliedern des Schlesischen Landesorchesters unter Leitung von Kapellmeister Behr. Weiter wirkte der Gesangverein Breslauer Lehrer unter Leitung von Max Krause mit, der die Festspreche des Polizeipräsidenten Kleibömer durch zwei Männerchöre umrahmte. Herr Kleibömer wies auf die Bedeutung des Tages hin, von dem der Wiederaufstieg des in schwerem Schicksal zusammengebrochenen Reiches seinen Ausgang nimmt. Zwar hat der Tag auch heute noch nicht für alle die gleiche Bedeutung, und doch müsse ein gemeinsamer Boden für alle Herzen gefunden werden. Der Ruf nach Einigung müsse mit Eindringlichkeit erhoben werden. Die erschreckende Feindschaft zwischen den verschiedenen Lagern müsse sich mildern. In seinem Amte stehe er in fortwährendem Kampfe mit destruktiven Kräften, die jedoch in ihrem Innern selbst den positiven Aufbau wollen. Leider aber verwechseln manche Kreise auch ihre eigenen Belange mit denen des Vaterlandes. Es gilt, dem letzten und ärmsten Deutschen das Leben lebenswert, und das Vaterland lebenswert zu gestalten. Das Wort von dem vaterlandslosen Gesellen habe nie eine Berechtigung gehabt. Keiner darf beim Aufbau des Staates als minderwertig angesehen werden. Der politische Kampf, dessen Opfer Reichspräsident Ebert und Rathenau geworden sind, müsse eingestellt werden. Der entehrende Vorwurf der mangelnden Vaterlandsliebe dürfe nicht so billig abgegeben werden. Die man so gerne mit diesem Vorwurf belegt, sie haben das Vaterland gerettet. Auch im Internationalismus sollte in der Zeit des Völkerbundes und des Erwachsens der internationalen Solidarität niemand mehr einen Vorwurf finden. Schon Laurés hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Internationale das Nationale zur Voraussetzung hat. Das Nationale versteht sich auf sich selbst. Es ist dauernd, das Internationale hingegen noch immer nicht etabliert geworden ist. Der Redner ging dann auf die internationale Lage ein. Es gelte hier, den verantwortlichen Männern keine noch so gut gemeinten Bärenbesuche zu leisten. Daß die Republik eine Dauereinrichtung ist, wird heut auch von ihren Gegnern anerkannt. Warum dann aber keine Erkenntnis unter den Schaffel stellen? Wir haben den Eid auf die Verfassung geleistet, weil wir unser Vaterland über alles lieben, so wie Reichspräsident Hindenburg den Eid auf Schwarz-Rot-Gold leistete, um sein Amt so getreu zu verwahren wie der schlichte große Mann, der sein Vorgänger war.

Der von schwerer Krankheit glücklich genesene Oberpräsident Zimmer dankte allen, die sich um die Feier des Verfassungstages in Breslau verdient gemacht haben, auch den Vereinigungen, die durch Gesangs- und Instrumentalkonzerte auf den öffentlichen Plätzen die Bedeutung des Tages kundtun. Alle aber sollen wissen: Deutschland ist eine Republik, es wird auch in Zukunft eine Republik sein, aber es wird nicht mehr sein. Eine ungeheure Mühsal, abgesehen von allem anderen, könnten die jetzigen anrichten, die unser Volk etwa mit einer anderen Staatsform beglücken wollten. Der Oberpräsident schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, worauf die Feier mit dem Gesänge des Deutschlandliedes ihren Abschluß fand.

Die rote Verfassungsfeier.

Aus Anlaß des Verfassungstages hatten gestern die Jungsozialisten zu einer roten Verfassungsfeier im Gewerkschaftshaus eingeladen, wozu eine ansehnliche Zahl besaß. Die Veranstaltung, die mit dem gemeinsamen Gesänge der Arbeiter und einer Regitation von Reichsliedern im Räumern und Dunkelheit eingeleitet wurde, gliederte sich in anschließenden Ausführungen der Genossen J. L. S. über das Werk von Weimar. Ausgehend von dem Gedanken: Was ist eine Verfassung? wies die Referent darauf hin, daß ein Präsidenten gehobenes Heer ebenso ein Staat verfassung befreit wie das eigene Parlament und die eigene Bildung. Die Behauptung, daß die Verfassung der Deutschen

Republik die freieste der Welt sei, werde widerlegt durch das ökonomische Grundgesetz, daß es keine unferne Kritik als ähnlliche Möglichkeit zur Verhängung des Ausnahmestandes gibt.

Am Abend einer Auslese von den Verfassungsartikeln über die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz, über das Recht der freien Meinungsäußerung, die Gewährleistung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses, über die Betätigung aller Staatsbürger zu den öffentlichen Ämtern, den Schutz der Arbeitskraft durch das Reich, die Sicherung einer Wohnung für jeden Staatsbürger wie die Rednerin an Beispielen der Praxis nach, wie weit wir noch davon entfernt sind, die Verfassung von Weimar als etwas Vollkommenes ansehen zu dürfen.

Einige Resolutionen, von denen besonders das aktuelle Gedicht „Die Helfer“, das gegen den amerikanischen Justizmord seine Stimmen erhebt, schlossen die Felerkunde.

Der Fadelzug.

Am Abend, in der achten Stunde, sammelten sich in der gut gelegenen Moskauer Straße die Reichshannerkameraden des Ortsvereins Breslau zum Fadelzug. Gegen 1/2 10 Uhr wurden die Fadeln entzündet und der Zug setzte sich unter Vorantritt der Kapelle in Marsch.

Der Fadelzug zog bemerkt sich durch die Kloster- und Margaretenstraße über die Freiheitsbrücke, durch die Tiergarten- und Selentstraße, Brigittental, über den Weihenburger Platz nach dem Bendorplatz.

Überall in diesen Straßen stauten sich die Menschen auf den Bürgersteigen, blühten tausende aus den Fenstern. Auf der Freiheitsbrücke erkletterten einzelne Zuschauer die Brückensbögen, am Weihenburger Platz wurden Laternen und Straßenbahnlaternen als „Auslichtstürme“ benützt.

Wir werden unsere Pflichten um so einbringlicher erfüllen, je größer die Widerstände sind, die sich uns entgegenstellen! Eingedenk des Wortes: Nicht bitten, nicht bitten, nur machen, gestritten; es kämpft sich nicht leicht, für Freiheit und Recht.

Wir werden unsere Pflichten um so einbringlicher erfüllen, je größer die Widerstände sind, die sich uns entgegenstellen! Eingedenk des Wortes: Nicht bitten, nicht bitten, nur machen, gestritten; es kämpft sich nicht leicht, für Freiheit und Recht.

Wir werden unsere Pflichten um so einbringlicher erfüllen, je größer die Widerstände sind, die sich uns entgegenstellen! Eingedenk des Wortes: Nicht bitten, nicht bitten, nur machen, gestritten; es kämpft sich nicht leicht, für Freiheit und Recht.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftsbund, Zimmer 26. Telefon: Obli 588. Sonnabend, den 13. August, abends 20 Uhr, bei S. G. S. Schlichterstraße 20, haben alle Mitglieder zu erscheinen...

Arbeiter-Jugend. Mitglieder! Heute ist in allen Weimern letzter Anmeldestermin für die Jugendballspiele. Jeder bringt 10 Pf. Eintrittsgebühr mit, da Mitgliederkarten ausgehändigt werden.

Bereinstalender. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Hilfsarbeiter. Heute, 19.30 Uhr, Zimmer 10, Versammlung. Metallarbeiter und Arbeiterinnen. Heute, 19.30 Uhr, Zimmer 10, Versammlung.

Arbeiter-Sport. G.S. Reichsbund. Sonnabend, den 13. August. Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftsbund. Tagesordnung: 1. Mitteilungsbesprechung, 2. Badeanstaltsfragen, 3. Berichte, 4. Technisches.

Künstlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums in Breslau. (Wachdruck auch mit Quecksilberangaben verbunden). Nach am Donnerstag kam es in den Subtropenländern zu verheerenden Regengüssen.

Sezte Wetternachrichten. Datum: 12. 8. 27. Temperatur: heußt, abends, Morgen, Min. Wetter: bedeckt, wolkig, Regen, etc.

Gedächtnis. Ich Müller. Daß Deine Wirtshäuser Dich hänseln, weil Du aus Schalen kommst, sollst Du Dir nicht so zu Herzen nehmen. Was Dich Dein Lehrer auf dich hat, das ist ein Beweis, daß Du ein tüchtiger Mensch bist.

Eingefandt. Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Anzeigen, die von uns unter Verfertigung, für die wir nur die zureichende Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Konzerte - Theater - Vergnügungen. Musiktheater. Mit der Aufführung des Rosenkavaliers, in dem Annette Kellermann ihre sensationellen Lauschkonzerte ausführen wird, ist begonnen worden.

Breslauer Produktenbörse vom 11. August. Tägliche amtliche Notierungen. Getreide: Weizen 75 kg, Roggen 75 kg, Hafer, etc. Öle: Rapsöl, etc. Mehl: etc.

Einige weitere kleine Nachrichten und Anzeigen.

Einige weitere kleine Nachrichten und Anzeigen.

Gewerkschaftsbewegung.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Auf dem Kongress der eisernen Internationalen gab am zweiten Verhandlungstag der Berichterstatter der Rechnungs-Kommission, Solau-Belgien, bekannt, daß 34 Delegierte aus 28 Organisationen anwesend sind. Danz-Holland kritisiert einige Mängel in der Bundesorganisation, so zum Beispiel die Tatsache, daß der J. M. B. noch keinen besonderen Sekretär habe. Das Mitteilungsblatt des Bundes dürfe nicht nur gelegentlich Berichte bringen. Man müsse sich an dem Nachhaken des J. E. ein Vorbild nehmen. — Vira-Minland spricht für die Einbeziehung der russischen Metallarbeiter in die Internationale und fordert scharfe Agitation gegen den Rüstungswahnsinn. — Brabant-Deutschland unterstützt eine Entschädigung Solau-Belgiens, die scharfen Protest gegen die Verurteilung von Sacco und Vanzetti fordert. Ferner unterstützt Brabant die Forderung auf Erhöhung der Bundesbeiträge; eine Willensäußerung des Kongresses in diesem Sinne sei ratsam. — Chevaline-Frankreich warnt nochmals vor den Anregungen des finnischen Vertreters, dessen Vorschläge wörtlich in einem Rundschreiben drei russischen Propagandazentralen enthalten seien. Auch der Sekretär Jig hebt noch einmal hervor, daß ein Kongreßteilnehmer dem Auftrag erhalten habe, Weisungen der kommunistischen Zentrale auszuführen; das habe er auch getan.

Ueber die Verbesserung des Mitteilungsblattes des Bundes spricht Kummer-Deutschland. Die bloße Mitteilung von wirtschaftlichen Berichten gelegentlicher Arbeiterkongresse genüge nicht. Die Fragen, die die Metallarbeiter aller Länder angingen, müßten von der praktischen Seite aus erörtert und zu lösen versucht werden. Diese sollte beispielsweise bei der Bekämpfung der Kriegsgefahr gesehen, da hierzu die Erzeuger von Munition und Kanonen, die Metallarbeiter, vor allem berufen seien. Ebenso müßte die Organisation der Arbeiter der Schwerindustrie international untersucht werden. Nicht weniger wichtig sei die Frage der Gewinnung der Frauen für die Gewerkschaft; denn sie seien trotz ihrer Zunahme in der Industrie nur sehr wenig zur Gewerkschaft gekommen.

Börnu-Rumänien dankt für die Hilfe des Bundes. Er bespricht die Zerrüttung der rumänischen Gewerkschaftsbewegung durch die Kommunisten. Die Kommunisten haben die Arbeiterbewegung vernachlässigt, daß sie nicht einen einzigen Abgeordneten ins Parlament zu bringen vermöchten.

Buozzi (von den italienischen Arbeitern in Frankreich) bespricht die Lage der Gewerkschaftsbewegung in heutigen Italien. Dort sei die Organisation zerstückt und alle Meinungsfreiheit unterdrückt. Von den 450 000 Metallarbeitern 10 Prozent erwerbslos, bei 25 Prozent die Arbeitszeit eingeschränkt. Der Reallohn der getrennten Leute betrage bloß 80 Prozent der Vorkriegszeit, der Angehörigen nur 70 Prozent. Es wird, so sagt Buozzi, allgemein angenommen, in Italien sei die Gewerkschaftsbewegung ganz verschwunden. Das ist jedoch nicht der Fall. Allerdings führt sie geheim ihr Leben weiter. Der italienische Metallarbeiter-Verband hat noch zahlreiche Vertrauensleute trotz der Gefahr, eingekerkert oder verbannt zu werden. In großen Städten stehen noch viele Arbeiter der faschistischen Organisation fern. Auch hat die faschistische Oberleitung wenig Lust, die faschistischen Gewerkschaften in ihre Organisation zu integrieren. Die Industriearbeitergewerkschaft, wie Mussolini selbst im Parlament erklärte, noch lange nicht für den Faschismus gewonnen. Der italienische Gewerkschaftsbund besteht nach wie vor, allerdings in Frankreich, weiter und in Italien führt er seine Tätigkeit illegal fort. Der Kampf gegen den Faschismus ist international. Dessen sollten sich die Gewerkschaften aller Länder wohl bewußt sein. Der Redner schließt mit der Bitte, Italien nicht zu vergessen, sondern es zu stärken, damit das, was dort an Kampfeslust und gewerkschaftlicher Treue vorhanden sei, erhalten bleibe. (Beifall.)

Der Streit der Lodzer Straßenbahner.

Der wegen Entlassung der beiden Führer des vorausgegangenen Lohnstreiks erfolgt ist, wird voraussichtlich auch von den Angestellten der übrigen gemeinnützigen Betriebe in Lodz unterstützt werden. Am Mittwoch fanden bereits Versammlungen der Geseftschaften des Elektrizitäts- und Gaswerks sowie der städtischen Angestellten statt, um entsprechende Beschlüsse herbeizuführen.

Die Lodzer Polizeibehörden haben inzwischen Straßen-demonstrationen von Arbeitlosen verboten und die Polizei angewiesen, nötigenfalls mit Waffengewalt gegen jede Ansammlung vorzugehen.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Welch brutale Arbeitsverhältnisse vielfach auf dem Lande herrschen, zeigt ein geradezu unerhörtes Beispiel, das sich vor kurzem in Bärwalde in der Neumark ereignet hat. Der 16jährige Sohn des Flüchtlings Probst war als Knecht bei dem Landwirt Luft beschäftigt. Beim Abladen eines Wagens schlug der Landwirt, dem die Arbeit zu langsam ging, dem Knecht Probst ins Gesicht. Probst fiel vom Wagen und wurde unten von den Schuhen des Landwirts mit Fuhrtritten bearbeitet und, als er nachhaken gehen wollte, nochmals geschlagen. Schon einige Stunden später kehrte sich bei dem Knecht, der sich zu Bett legen mußte, heftige Schmerzen ein. Ein Arzt mußte geholt werden. Drei Tage später wurde der Knecht nach Köstritz ins Krankenhaus gebracht, wo er jedoch schon tags darauf starb.

Der Deutsche Landarbeiterverband stellte gemeinsam mit dem Vater des Verstorbenen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen den Landwirt Luft. Bei der Diskussion konnte merkwürdigerweise nicht die Todesursache festgestellt werden. Wird nun wenigstens die Aufklärung der Staatsanwaltschaft zu einem positiven Ergebnis kommen?

Wer wundert sich angesichts solcher Vorfälle noch über die Landflucht und über die Deutenot in der Landwirtschaft?

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands

hat am 15. August eine Reichskonferenz nach München einberufen. Die Verhandlungen werden drei Tage in Anspruch nehmen. Besondere Bedeutung erhält die Konferenz durch die eingehende Erörterung aller aktuellen Fragen der Kohlenwirtschaft (Preiserhöhungsanträge usw.). Der Direktor des Reichskohlenverbandes Poeschl wird über Kohlenwirtschaftsfragen referieren. Diefem Referat wird ein Vortrag von Dr. Berger, der einen Überblick über die gegenwärtige Situation geben wird, vorausgehen. Gleichzeitige Interesse dürfte ein Vortrag des Reichsvereins der Bergbauingenieure des Reichskohlenverbandes zu Redden über „Kohle und Technik im Bergbau“ finden. Weitere Verhandlungspunkte der Tagesordnung bilden „Tariffragen und Sozialismus“ (G. M. H. Bonn), „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“ (K. H. H. H. H.), und „Wohnungsbaufragen“ (G. M. H. H.).

Wirtschaft.

Die Scheindemokratie der Aktionäre.

Kapitale Verfechter des kapitalistischen Eigentumsbegriffes haben oft die Tatsache, daß ein großer Teil der Industrieunternehmen heute in gesellschaftlicher Form organisiert ist, als Beweis dafür hingestellt, daß von einem Privateigentum einzelnen Personen an den Produktionsmitteln kaum noch die Rede sein kann. Es schloß nicht an den Stimmen, die erklärten, daß mittels der in vielen Einzelhänden verteilten Aktien (sachlich ein großer Teil des Volkes am Kapitalertrag der Produktion teilnehme. Da aber jede dieser Aktien in der Generalversammlung stimmberechtigt sei, bestie auch ein großer Teil des Volkes die non den bösen Sozialisten in so unverständlicher Weise ererbte Mitbestimmung an der Produktion. Neupunkte demgegenüber noch Zweifel, so wurde dann in der Regel gesagt, es bedürfte höchstens noch der sogenannten Kleinaktien, um eine wirkliche Sozialisierung der Großunternehmen herbeizuführen. Jedenfalls sei der Aktienbesitz ein Mittel zur demokratischen Verwaltung der Produktion.

Diese und ähnliche Gedankengänge wurden in der Zeit der Sozialisierungsdebatten selbst von prominenten Industrieleitern geäußert. Allerdings kam dann die Inflation, Aktiengesellschaften veräußerten sich zu Konzernen. Kapitalmächtige Finanziers verstanden es, durch die Ausgabe sogenannter Vorzugsaktien mit mehrfacher Stimmkraft den Zustand herbeizuführen, bei dem eine geringe Kapitalverantwortung genügt, um die tatsächliche Mehrheit des Aktienbesitzes ihres Stimmrechts zu berauben.

Die Geldentwertung verging. Aus den Trümmern der zusammenbrechenden Inflationsstruktur sind neue entstanden. Über die Vorzugsaktien als Mittel der Konzernbeherrschung (Stimmen). Da setzen auch gleich die Debatten um die Reform des Aktienrechts ein. Leute, die glauben, daß mit einer Wiederherstellung der „natürlichen“ Verantwortungsverhältnisse des Kapitals die drohende Erstarrung der kapitalistischen Wirtschaftsweise verhindert werden könne, gestellten das „Unmoralische dieser Besitz- und Machtverhältnisse und verlangten eine Gesetzesreform. Unter dem Druck dieser öffentlichen Kampagne hat man sich auch da und dort entschlossen, die Stimmrechtsaktien abzuhängen.

Ein Bild, in welchem Umfange das geschehen ist, ergibt der Vergleich zweier Erhebungen des Statistischen Reichsamtes. Es zeigt, daß zwischen dem 1. September 1925 und dem 31. Dezember 1926 bei insgesamt 46 Fällen das bevorzugte Stimmrecht aufgehoben, in 52 Fällen herabgesetzt wurde. Am 1. Juli 1927 belaufen sich 742 Gesellschaften von rund 1500 an der Börse gehandelten Werten, also ziemlich genau die Hälfte, sogenannte Vorzugsaktien mit mehrfacher Stimmkraft. Hierbei ist es besonders die verarbeitende Industrie, die diesen Schutz der Verwaltung vor unliebsamen Interessenten und Aktienstimmen mit Nachdruck aufrechterhalten hat. Ein Rückgang ist also zu verzeichnen. An den Machtverhältnissen geändert hat sich aber damit grundsätzlich nichts.

Die Machtverhältnisse liegen bei den erfassten Gesellschaften folgendermaßen: Von dem Gesamtkapital sind 28 Prozent mit einem mehrfachen Stimmrecht ausgestattet. Die glücklichen Verwalter dieser noch nicht 3 Prozent betragenden Kapitalsumme üben tatsächlich ein Stimmrecht aus, das mehr als ein Drittel, nämlich 34,9 Prozent der gesamten Stimmenzahl beträgt. Dabel ist das Bild bei den einzelnen Gesellschaften verschieden. Bei manchen gilt das bevorzugte Stimmrecht nur in besonderen Fällen, bei manchen allgemein. Die Zahl der Stimmen, die auf eine derartige Vorzugsaktie entfällt, schwankt zwischen 2 und 1000. Bei acht Gesellschaften ist es tatsächlich 1, daß auf eine einzige Vorzugsaktie, die in der Regel noch nicht einmal voll eingezahlt zu sein braucht, in der Generalversammlung 1000 Stimmen entfallen, wo der normale Aktionär, der seine Aktie oft zu einem hohen Kurse erwerben mußte, nur eine einzige Stimme für sich in Anspruch nehmen kann. In der Mehrzahl der Fälle jedoch schwankt die Höhe des Stimmrechts der bevorzugten Aktien zwischen dem 20- und dem 150fachen des Stimmrechts gewöhnlicher Anteile.

Wie bereits erwähnt wurde, hat sich auf dem Gebiet der Mehrstimmaktien manches zugunsten der Einzelaktionäre gebessert. Man irrt jedoch, wenn man damit annimmt, daß die Scheindemokratie abgebaut sei. Die Oligarchie des Finanzkapitals und der Konzernmagnaten ist nicht schwächer, sondern eher stärker geworden. Anstelle der sogenannten Vorzugsaktien sind nämlich an der Macht mitgetreten, die von der Statistik nicht oder wenigstens nicht so leicht kontrolliert werden können. Die Zusammenfassung großer Aktiengesellschaften zu trustartigen Interessengemeinschaften unter gegenseitigem Austausch von Aktien hat tatsächlich bewirkt, daß etwa widerstrebende Aktionärgruppen gegenüber der Verwaltung immer mit großen Aktienpaketen auftreten kann und die Opposition, die in einem demokratisch verwalteten Aktienwesen etwas bedeuten könnte, praktisch höchstens sich den Luxus eines Theaterschauers auf der Generalversammlung leisten kann. Die bürgerliche Handelspresse wimmelt in der Tat von Beispielen dafür, wie wenig der Einzelaktionär zu sagen hat, und wie wenig auch ein größeres Paket von Aktien gegenüber dem Willen der Verwaltung und der ihr nahestehenden Finanziers zermagt.

Es gibt also keine Demokratie mehr im Aktienwesen. Sie wird auch nicht wieder zu errichten sein, da die Tendenz der Wirtschaftsumverteilung in der kapitalistischen Wirtschaft unermindert anhält. Die Erfahrungen Amerikas haben bewiesen, daß selbst gelegentliche Maßnahmen gegen die dem Hochkapitalismus innewohnende Tendenz nichts vermögen. Unauflöslich führt die Entwicklung zum Trustkapitalismus hin. Der Gefahr, die dieses Monopol für die Gesamtheit des Volkes bedeutet, entgegenzuwirken, dazu ist nur die sozialistische Arbeiterbewegung fähig, sondern auch ein Staatswesen, das seine Autorität gegenüber den diktatorischen Machtansprüchen der Privatwirtschaft im Interesse der Verbraucher zu wahren hat.

Das deutsch-russische Handelsgeschäft

hat mit Hilfe des unter Reichsunterstützung aufkandegewonnenen 200 Millionen-Rubels in der letzten Zeit eine wesentliche Zunahme erfahren. Die sowjetrussische Handelsvertretung in Berlin hat in dem Ende März abgelaufenen Halbjahr 528 Bestellungen im Werte von 145,8 Millionen Goldrubel und 5844 Verkaufsbestellungen im Werte von 106,7 Millionen Goldrubel nach Deutschland gelegt. Redner man die außerdem von der Handelsvertretung kontrollierten Geschäfte hinzu, so beträgt der Gesamtumsatz 208,6 Millionen Goldrubel, fast 100 Millionen mehr als im Halbjahr vorher. An der deutschen Einfuhr nach Russland nehmen besonders deutsche Maschinen und Erzeugnisse großen Anteil. Der Wert dieses Exports wird mit 59,8 Millionen Goldrubel angegeben, während der Gesamtexport Deutschlands nach Russland 122,7 Millionen Goldrubel gegen 83,1 im vergangenen Halbjahr betrug. Auch elektrotechnische Maschinen werden in erheblichem Umfange aus Deutschland nach Russland exportiert.

Der Rechnungsergebnis der Reichsbank im 1. Quartal 1927. Die deutsche Reichsbank (die für das erste Quartal des Rechnungsjahres 1927) erreichte in Höhe von 411,8 Millionen Mark ein Einzahlungsüberschuss von rund 10 Millionen Mark hinter dem Planstand. Diese Zunahme resultiert aber nicht aus der Entlastung der Reichsbank-Geschäften, da das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres gewöhnlich hinter dem Vormonat zurückbleibt. Die Einnahmen für die ersten drei Monate des Rechnungsjahres stellen sich auf 453,8 Millionen Mark. Damit ergibt sich ein laufendjähriger Restbetrag in Höhe von 22,5 Millionen Mark.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Wird die Loheregulierung?

Ein Vorstoß der Kreisstagsfraktion und der Partei. Die von uns schon als bestrebend bezeichnete Ablehnung der Berechtigung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die dringend notwendige Regulierung der Loheregulierung und die Kreisstagsfraktion veranlaßt, sich mit folgendem Schreiben an den Regierungspräsidenten zu wenden:

Der Sozialdemokratische Parteivorstand für Breslau-Land-Neumarkt und die Sozialdemokratische Fraktion des Kreisstages Breslau haben in gemeinsamer Sitzung am 4. August d. Js. mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der Herr Regierungspräsident auf Grund eines Gutachtens des Kulturbauamtes keine Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die Loheregulierung zur Verfügung stellt. Auch aus dem amtlichen Meliorationsfonds sollen für diesen Zweck keine Mittel hergegeben werden.

Wir bedauern diese Stellungnahme außerordentlich, weil dadurch eine volkswirtschaftlich so wichtige Arbeit nicht ausgeführt werden kann, obwohl die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Der Kreis hat das Projekt für die Loheregulierung ausarbeiten lassen, was erhebliche Kosten verursacht und hält auch den auf ihn entfallenden Betrag zur Verfügung.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die gewaltigen Niederschläge der letzten Jahre großen Schaden verursacht haben, zu dessen teilweiser Wiedergutmachung allgemeine Mittel in erheblichem Umfange aufgewendet wurden. Eintretendes Hochwasser der Loheregulierung durchgeföhrt ist. Während also im Oberlauf das Wasser schnell fortfließt, wird es im Unterlauf gestaut, wodurch große Überschwemmungen verursacht werden. Wir sind also der Meinung, daß durch die Loheregulierung großer Schaden vermieden werden kann. Darüber hinaus ist für mindestens 1000 Arbeiter drei Jahre hindurch Erwerbsmöglichkeit geschaffen.

Beide Momente berücktsichtigt, zeigen, wie groß der volkswirtschaftliche Wert dieser Arbeit ist, weshalb wir den Herrn Regierungspräsidenten dringend bitten, seine Stellungnahme revidieren zu wollen.

Für die Sozialdemokratische Fraktion des Kreisstages Breslau-Land, gez. A. Klose.

Für den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau-Land-Neumarkt, gez. K. Kleinert, Vorsitzender.

Verfassungsfeier in Klettendorf-Hartlieb-Krietern.

Die am Abend des Verfassungstages von den Gemeinden Klettendorf, Hartlieb und Krietern veranstaltete Feier zeigte, daß es unter tatkräftiger Initiative auch in kleineren Gemeinden möglich ist, des Tages von Weimar würdig zu gedenken. Gemeinde- und Amtsvorsteher Genosse Kleinert, der auch für diesen Abend verantwortlich zeichnete, fand in der Begrüßung entchiedene Worte für den Volkstribunen und die Anknüpfung der bei den zahlreichen Besuchern höher mehr Anklang fanden, als die vielfach üblichen formellen Redewendungen mancher „Feier“ rede.

Genosse v. Czudnowski hielt die eigentliche Verfassungrede. Er gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Verfassungskämpfe seit der Zeit des Absolutismus bis zur neuesten Zeit. Sprach dann, nicht ohne Ergreiftheit, von den Tagen von 1818 und 1819, wo erst Arbeiterblut fließen mußte, ehe das Werk der parlamentarischen Verfassung wurde. Die geschaffene Verfassung selbst brachte uns wohl gegenüber früheren Gewalten manche Fortschritte, wenn auch der deutsche Einheitsstaat, die Forderung nach Gemeinwirtschaft, noch lange nicht erfüllt sind. Die Aufgabe der Zukunft ist, aus dem Stück Papier Leben zu schaffen. Darum Kampf allen Feinden der Verfassung und aller rückwärtigen Bestrebungen, wie sie erst am heutigen Tage in einer Verfassungsrede des Herrn v. Kardorf zum Ausdruck kamen, der eine Verfassungsänderung zur Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten verlangte. Keiner Beifall belohnte die von Begleitung getragene Rede.

Streichmüller der Reichsbannerkapelle, wie Gesangsvorträge des Männerchors „Eintacht“ aus Klettendorf und des Arbeitergesangsvereins „Seid Einig“ aus Hartlieb begannen und beschlossenen Stimmungsvoll die sehr gut besuchte und würdig verlaufene Feier, an der sich auch ein großer Teil der Behörden und Gemeindevorsteher beteiligte.

Krietern. Die Verfassungsfeier in der hiesigen evangelischen Gemeindegemeinde stand im Zeichen des demokratischen Staatsgedankens. Die Veranstaltung war unrahmt von Gesängen und Gedichten alter Freiheitskämpfer, welche in harmonischer Weise miteinander abwechselten. Wie üblich, so hatte auch wieder Lehrer Geisler die Festrede übernommen. Seine Ausführungen gipfelten in einem starken Bekenntnis zur Republik. Besonders unterstrich er die Verdienste der Volksbeauftragten, im wesentlichen aber die Hingabe des ersten Reichspräsidenten. Gert. Auch ohne behördliche Anordnung flaggt die Ortsbehörde stets bei allen republikanischen Anlässen in den Reichs- und Landesfarben.

Schlau. Das überfahrne Kind gestorben. Zu dem gestern von uns gemeldeten Unglücksfall wird uns noch mitgeteilt, daß des überfahrne fünfjährige Kind auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben ist.

Neumarkt. Am Verhandlung der Arbeitsschlichter. Die Ortsgruppe Neumarkt des Zentralverbandes der Arbeitsschlichter und Wirtinnen hielt am Sonntag im Saal zum „Schwarz-Brot“ eine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende behandelte das Thema: „Wann erhalten wir höhere Löhne?“ Er zeigte am Hand der Vorgänge, wie die Sozialreformer des Kreises im Jahre 1925 abgelehnt worden sind und noch im Jahre 1927, obwohl in der Zwischenzeit alles teurer geworden, mit den geringsten Beträgen auskommen müssen. Er bezeichnete die vom Kreisrat beschlossene Verlegung des Antrages auf Erhöhung der Löhne als einen Verstoß gegen die Verfassung. Der Kreis hatte seit der Antragstellung weniger Zeit, die finanzielle Auswirkung zu erwägen. Der Vorstand wurde beauftragt, weitere Schritte zur Verbesserung der kümmerlichen Löhne einzuleiten. Dem Bericht von der am 7. August stattgefundenen Bauernlandtagung sowie den Tätigkeits- und Kasenberichten des Gaus gab der Kollege Wagner Nach Mitteilung, daß von nun an die Mitgliebesversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden; ferner, daß auf sorgfältige Abrechnung der Karten Bedacht zu legen ist, wobei der Vorsitzende die Verlesung mehrerer Maßnahmen waren der Erfolg der Sitzung.

Wichtige Ereignisse der Berliner Börse

1. Bund Steuer		2. Bund Steuer		3. Bund Steuer	
1. Bund Steuer	20,25	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
2. Bund Steuer	4,75	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
3. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
4. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
5. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
6. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
7. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
8. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
9. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark
10. Bund Steuer	12,50	100 Mark	100 Mark	100 Mark	100 Mark

Gold-Inhalt der Reichsbank

Die Reichsbank hat am 1. August d. Js. einen Goldbestand von 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Silber betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Kupfer betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Zinn betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Blei betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Eisen betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Nickel betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Kobalt betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Mangan betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Chrom betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Vanadium betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Titan betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Zirkon betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Niob betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Tantal betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Wolfram betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Molybdän betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Zinn betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Blei betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Eisen betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Nickel betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Kobalt betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Mangan betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Chrom betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Vanadium betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Titan betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Zirkon betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Niob betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Tantal betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Wolfram betrug 1.125,0 Millionen Mark. Der Bestand an Molybdän betrug 1.125,0 Millionen Mark.

Familien-Anzeigen

Die treue Mutter hat aufgehört zu schlagen!
Am 10. August verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau und unsere herzensgute Mutter

Agnes Abratis

geb. Wilk
im Alter von 42 Jahren.
Dies zeigt schmerzhaft im Namen der Hinterbliebenen an
Breslau, den 11. August 1927
Friedr.-Karlstr. 50 9176
Der trauernde Gatte
Otto Abratis nebst Kindern.
Beerdigung: Sonnabend, den 13. August, nachmittags 4^{1/2} Uhr, auf dem Friedhof der Monistischen Gemeinde, Bunzlauer Straße.

Am 10. August verschied plötzlich unser Mitglied
Frau Agnes Abratis
im Alter von 42 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Breslau

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle der Monistischen Gemeinde, an der Bunzlauer Straße. 8672
Trauerhaus: Friedrich-Karl-Str. 50, Distrikt 13

Am 10. August verschied plötzlich infolge Herzschlag unsere Genossin

Agnes Abratis

im Alter von 42 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts 13 der Sozialdemokratischen Partei.
Beerdigung: Sonnabend, 13. August, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle der Monistischen Gemeinde, Bunzlauer Straße. 667.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Am Dienstag, den 9. August, vormittags 9^{1/2} Uhr, verstarb plötzlich durch Unglücksfall unser Freund und Verbandskollege, der **Schlosser** 5673

Paul Kirsch

im Alter von 30 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 12. August, nachm. 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Brockau.

Hallenschwimmbad
Breslau 4357

Dampf-, Heißluft- und elektr. Lichtbäder für Männer
sind täglich von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet.

Tagesgespräch
sind meine spottbilligen Preise!

Aus eigener Anfertigung: 9175
Herren-Anzüge in vielen Farben, guter Sitz, nur 17 Mk. Sammgarn- und Seebadine-Anzüge, neueste Farben, gute Passform. v. 23 Mk. an
Sport-Anzüge, englisch gemustert halbbare Stoff nur 22 Mk.
Breecheshosen aus Kordhosen, dopp. Gefäß nur 5.80 Mk.
Windjaken, sämtliche Arbeitshosen fabelhaft billig

Cheimowitz Nur Sedowstr. 4 3. Etage
Tuch- und Maßgeschäft, 3 Minuten vom Hauptbahnhof

Sehr billiges Angebot!

Heute u. Sonnabend veranstalte ich einen **Massen-Verkauf in**
IA Draht-Büchlingen
(bidrig und artfleichig)
das Pfund 35 Pf., 2 Pf. zusammen 67 Pf., die 5 Pf. -Kiste 1.65
IA Stoffe-Suites
nur feine Ware
ich kann gefärbte Stoffe, solange mein Vorrat reicht, das Pfund 1.72
Margarine
nur feinste Ware in 1 Pfund-Büchlingen zu 2.50, 0.55, 0.60, 0.65, 0.75 bis 1.10
IA aneult, Schweinefleisch
trotz erhöhter Notierung des Pfund, nur 0.72
IA ungarischer Rindfleisch das Pfund 1.10
Rindersteig das Pfund 0.58
Reisfett, in 500 g - Tafeln das Pfund 0.58
Orbisabbindeerei
neue Anfertigung mit nur reiner Raffinade eingetocht
1/2 Liter 1.40, 1/4 Liter 0.75
IA Orisinal-Seife
in 700 g - Stücken (Schönheits) konnte ich den Sieg von 70 Pf. auf 58 Pf. erringen
IA-Affee
Beachten Sie meine neue Breslauer Mischung des Pfund nur 2.40 9169

Max Schönfelder

Affee-Mischer, Tee-Super
Baren-Verkaufhaus u. Weingroßhandl.
Breslau I, Albrechtstraße 36.

Soweit Vorrat!

Neue Eingänge spottbillige flott u. apart verarbeitete

Damen-Wasch-Kleider

aus hervorragend schön gemusterten, neuen
Waschmusselne * Waschkrepp
Foulardine
Vollvoile und Waschseiden

in den Hauptpreislagen
295 395 495 550 650

Ca. 1000 Stück
Waschstoff-Kasaks

aus Waschmusselin, Waschkrepp, Voll-Voile, Waschseide u. a. prima Qualitäten, hervorragend schöne Farbestellungen u. moderne Verarbeitungen

in den Hauptpreislagen
145 195 295 390 550

Ca. 1500 Stück
streng moderne und apart verarbeitete
Mädchen-Wasch-Kleider

aus Musselin, Krepp, Waschrippe u. Waschseide nur neue Farbestellungen und moderne, bildhübsche Verarbeitung, für 5 bis 14 Jahre,

für 5 Jahre 195 210 295 345 395
weitere Größen mit kleinen Steigerungen.

Extraposten
Knaben-Wasch-Anknöpf-Anzüge

für 1-5 Jahre. In viel schön. Ausführungen u. Stoffen

Serie I 195 Serie II 295 Serie III 345

Große Posten
Herren- u. Burschen-Windjaken

aus imprägnierten, dichten Stoffen, in verschiedenen Farbestellungen, saubere Verarbeitung

für Burschen Stück 6⁹⁵ für Herren Stück 7⁹⁵

Kieler Knaben - Anzüge

Kadett mit Matrosengarnitur und Schifferknoten

für 3-9 Jahre 4⁵⁰ jede weitere Größe für 3 Jahre 35 Pf. mehr

Knaben-Stoff-Leibchen-u. Kniehosen

für 2 Jahre 95 weiter. Gr. für 9 Jahre 1⁵⁰ weiter. Gr. für 20 Pf. mehr 25 Pf. mehr

Herren-Zwirn-Arbeitshosen

aus festen schön gestreiften Hosenstoffen in allen Größen..... durchweg Paar 3⁹⁵

Trikot-Bade-Anzüge
für Damen, Herren und Kinder
Extra billige Posten
Frottier-Bade-Wäsche



Beschleunigung des Total-Ausverkaufes

Nur noch kurze Zeit!

Ich muß den Ausverkauf beschleunigen, da die Räume bald anderweitig gebraucht werden!
Ich gebe daher von

Freitag, den 12. August
auf alle schon so billigen Ausverkaufspreise
20% Extra-Rabatt!

welcher an der Kasse in bar zum Abzug gelangt.

Sämtliche Läger in:

Baumwollwaren * Herren- und Damenwäsche
Trikolagen * Bettbezüge * Bettlaken * Tischwäsche
Gardinen * Vorhang- und Dekorationsstoffe
Teppiche * Läuterstoffe * Felle * Herren-Anzug-Stoffe * Ulster- und Kleiderstoffe
sind noch gut sortiert.

Noch nicht dagewesene und nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!

Wegen des großen Andranges bitte ich die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

Benno Schenk

Kein Rabatt! Kein Umtausch! **Neumarkt 9** Versand von Mk. 30.- an franko!



Steinmetz-Brot

ist unübertrefflich an Nährkraft und Leichtverdaulichkeit

Hersteller für Breslau und Umgegend:
Quabis Aktiengesellschaft

Dampfgroßbäckerei
Breslau 17, Frankfurter Straße 172 Fernspr. Ring 484
Überall erhältlich! Überall erhältlich!

Bekanntmachung.
Pfänder-Versteigerung
am Donnerstag, den 18. August 1927
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 55 000,
weiße Scheine bis Nr. 46 000.
Verlängerungen werden nur bis zum 16. August angenommen.
Vom 17. August mittags 1 Uhr ab bis zum 19. August mittags 1 Uhr ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.
Städtisches Leihhaus
Neßergasse 9, Ecke Stodgasse. 9165

Herrenstoffe
kauft man gut und preiswert bei
Tuch-Freissler
jetzt: Matthiasstraße 62
gegenüber Postamt 10 9.66

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schwarzwaldschinken Pf. 0.90, Schweinschmalz u. Koteletts Pf. 1.20
Frische Schwarzwildschinken Pf. 0.50
Frischer Speck und Lungenlutt 0.90
Räucherfleisch (deutscher) 1.10
Rindfleisch ohne Knochen Pf. 1.00-1.10
Sappelfleisch Pf. 0.80-1.00, Kalbfleisch 0.90-1.10
Kalbfleisch ohne Knochen Pf. 1.30-1.50
Pökelfleisch Pf. 1.00-1.20, Gepökelte Koteletts 0.80
Gulaschfleisch Pf. 0.80 u. 1.05
Gehacktes Pf. 0.85 u. 1.20, Reines Schweinefleisch 0.90
Leber- und Preßwurst Pf. 0.60
Knoblauchwurst Pf. 0.75, Pelatische Pf. 0.80
Mettwurst, Drauschwärger u. Preßkopf 0.25
Gehackter u. rauer Schinken 0.50
Geräucherter Bratenwurst Paar 20 Pf.
H. Aufschnitt Pf. 0.40
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt zu billigsten Preisen 9170
Adolf Weiß, Moltkestraße 13.

Fahrräder in jeder Preislage. **Reparaturen, Emaillierung, Vernickelung** billigst. wöchentlich 2 bis 3 Mk. Abzahlung. **Nähmaschinen** Auch ohne Anzahlung. **Fahrrad-Kranny** Fränckelplatz 5, am Hauptbahnhof.

Soeben erschienen!



IM WEITER- U. WÄTTERWINKEL

Von **Carl Severing**
Staatsminister a. D.
In Halbleinen gebund., 256 Seiten Großoktav
Preis: 4.75 Mk.
Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstr. 5. Neue Taschenstr. 11.

Internationale Arbeiterinnenkonferenz.

Zu der Internationalen gewerkschaftlichen Frauenkonferenz am 29. und 30. Juli in Paris hatten 14 der dem IAW angehörenden Landeszentralen 47 Vertreterinnen entsandt, und zwar Deutschland 10, Österreich 8, Belgien 4, Dänemark 3, Frankreich 10, Schweden 3, England 1, Spanien 1, Tschechoslowakei 1, Polen 2, Ungarn 1, Lettland 1, Holland und Spanien 1.

Die deutsche Delegation bestand aus den Genossinnen Marie Friedrich, Schulz, Dora Gehrke, Gräba Gladisch, Gertrud Hanna, Luise Köhler, Anna Kengert, Anna Kabe, Emma Kutsche, Grete Schner und Maria Wolf. Das Referat über Arbeiterinnenbeschäftigung, Referentin Helene Burniaux, Belgien, brachte eine interessante Aussprache über die grundsätzliche Frage: Ist ein besonderer Schutz der arbeitenden Frauen aus bevölkerungspolitischen Gründen zu erstreben oder nicht? Bekanntlich lehnen Vertreterinnen auch proletarischer Frauenorganisationen der skandinavischen Länder einen solchen Schutz ab mit der Begründung, Sonderzuschüsse für Frauen erschweren ihnen die Gelegenheit, auf dem Arbeitsmarkt einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, und sie hindern sie in ihrer Entwicklung zu Persönlichkeiten. Die Vertreterinnen der skandinavischen Länder glauben, die Frauen würden durch Sonderzuschüsse auch gehindert sein, die fast ausnahmslos liberal anzutreffende niedrige Bezahlung der Frauenarbeit zu beseitigen, die eine größere Gefahr für Gesundheit und Leben der arbeitenden Frauen bedeute als Berufsgefahren.

Diese Auffassung wurde von den Vertreterinnen aller übrigen Länder bestritten. Auch der aus Genua den Verhandlungen folgende Vertreter der schwedischen Landeszentrale schloß sich dieser Ansicht an. Der von der Referentin vorgeschlagene Antrag fand denn auch, bei Stimmenthaltung der Vertreterinnen aus Dänemark, in folgender Fassung einstimmige Annahme:

Arbeiterinnenbeschäftigung.

„Die am 29. und 30. Juli in Paris tagende Arbeiterinnenkonferenz von Delegierten der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen gibt ihrem feuchten Willen Ausdruck, sich mit aller Kraft für die folgenden Forderungen zum Schutze aller in Lohn und Gehalt stehenden weiblichen Berufstätigen einzusetzen:

1. Arbeiterinnenbeschäftigung: Diese Forderungen umfassen alle dem Schutze der Arbeit dienenden Maßnahmen: Arbeitsurlaub, Gewerbeinspektion, Krankenversicherung, gewerkschaftliche Freiheit, Mindestlöhne.

2. Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterin als Frau: Diese Forderungen zielen auf die Kasifizierung der Waffingtoner Konvention betreffend die Ruhezeit vor und nach der Schwangerschaft und die Nacharbeit der Frauen als Mindestforderung die Ausdehnung und Durchführung der Vorschläge der Arbeiterinnenkonferenz von Genf und Washington betreffend den Schutz der Arbeiterinnen in ungelunden Industrien und in der Landwirtschaft.“

Auf Veranlassung der deutschen und österreichischen Delegation wurde eine Fassung gewählt, die ausdrücklich erkennen läßt, daß auch die Arbeiterinnen der Landwirtschaft, die Hausgehilfinnen, die in Krankenhäusern und Wohlfahrtsanstalten beschäftigten weiblichen Arbeitnehmerinnen und die weiblichen Angestellten des Handels, Gewerbes der Arbeiterinnenbeschäftigung unterstellt werden sollen.

Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit.

Die Aussprache zum Referat der Genossin Gertrud Hanna über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit ergab Übereinstimmung in der Auffassung aller Vertreterinnen, die Werbearbeit zur Gewinnung aller auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen für die Gewerkschaften und zur tätigen Anteilnahme der weiblichen Mitglieder an der Gewerkschaftsarbeit weiter mit aller Energie zu betreiben. Die von der Referentin vorgelegten Leitsätze fanden allseitige Zustimmung. Ein einstimmig gefaßter Beschluß unterstreicht besonders die in allen Ländern festzustellende Tendenz zunehmender Frauenerwerbsarbeit in allen Berufen, die durch Zwangsmassnahmen nicht gehemmt werden kann, und die Notwendigkeit des Strebens nach besserer materieller und ideeller Bewertung der Frauenarbeit.

Die Heimarbeit.

Bei Behandlung der Frage der Heimarbeit, Referentin Genossin Barley, England, ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über die Auffassung der Referentin und die der Vertreterinnen der übrigen Länder über die Frage, wie die Schäden der Heimarbeit aus der Welt geschafft werden könnten. Die Forderung der Referentin, Abschaffung der Heimarbeit, lehnte die Konferenz ab, und auch die Referentin gab zu, daß mit Heimarbeit auf absehbare Zeit gerechnet werden muß. Die Schäden der Heimarbeit müssen nach der Meinung der übrigen Konferenzteilnehmer bekämpft werden durch Gleichstellung der Entlohnung von Heimarbeit und Werkstatt-

arbeit und durch Ausdehnung der Sozialgesetzgebung auf die Heimarbeiter. Eine von den deutschen und österreichischen Delegierten eingebrachte, einstimmig angenommene Entschließung bringt diese Auffassung zum Ausdruck. Die Entschließung tritt ferner ein für harte Propaganda der Gewerkschaften zur Gewinnung der in der Heimarbeit beschäftigten Personen für die gewerkschaftliche Organisation, und sie beauftragt die Internationale Arbeiterinnenkonferenz in Genf, für ein internationales Übereinkommen zur Festlegung von Mindestlöhnen für Heimarbeiter zu wirken.

Eine weitere Entschließung der Konferenz fordert die Frauen der Welt zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsheke auf.

Es ist anzunehmen, daß der Internationale Gewerkschafts-Kongress die Beschlüsse der Arbeiterinnenkonferenz als die Meinung des Kongresses akzeptieren wird, deren größter Wert darin liegt, daß eine internationale Tagung der Gewerkschaften die Bedeutung der Frauenarbeit und die sich daraus ergebenden Probleme, die in allen Ländern die gleichen sind, zum Gegenstand der Erörterung gemacht hat in der Absicht, in allen Ländern in gleicher Weise die Lösung dieser Probleme herbeizuführen.

Das Verbrechen einer Bürgerin.

Eine wahre Begebenheit von A. Corioli.

Nachdem sie den Winterurlaub bei ihrem Bruder in Zekaterinoslaw verbracht hatte, kehrte die Studentin E. mit ihrem Lächeln nach Moskau zurück. Auf dem Bahnhof trat sie, um, wie üblich, von den Zurückbleibenden Abschied zu nehmen, da noch einige Minuten zur Abfahrt des Zuges geblieben waren, auf die Plattform des Wagens und hier sagte das kleine Mädchen unvermittelt, ihren Zeigefinger erhebend: „Mama, ich muß mal.“

„Wart, einen Augenblick, Freundchen,“ sagte lächelnd die Mutter, „gleich wird der Zug sich in Bewegung setzen, und dann wird die Toilette geöffnet.“

Doch drei Jahre sind ein so glückliches und sorgloses Alter, da der Bestand noch nicht die Erwartungen übertrifft und man noch nicht verpflichtet ist die Verfügungen über die Regelung der inneren Ordnung in den Eisenbahnwagen zu kennen. Mit drei Jahren scheint es einem selbstverständlich, daß die Toilette nicht nur offen zu sein hat, wenn der Zug sich in Bewegung befindet, sondern auch, wenn die unausschiebbaren Bedürfnisse des Augenblicks es fordern.

Das kleine Mädchen wiederholte hartnäckig: „Mama, ich muß mal.“ Da auf die gewünschte Frage, wie man zu sagen pflegt, keine bestimmte Antwort erfolgte, ging sie unbemerkt in eine Ecke, und nach einer Sekunde zeigte sich in der Ecke auf der Plattform eine kleine Pflüze. In diesem Augenblick ging der Schaffner, zusammen mit dem Zugführer, dessen graue und buschige Brauen in einem bösen Bogen auf dem Nasenrücken zusammenstießen, durch den Wagen. Der Schaffner machte ein suchendes Gesicht und fragte streng: „Was haben Sie da gemacht, Bürgerin?“ Er drohte mit dem Finger und ging weiter, nach Gesehensart mit und leise lächelnd. Doch der Zugführer ermahnte sich als ein kleinlicher Bedant, und obgleich die Mutter sofort mit einer Zettlung sorgsam das Pflüchen in der Ecke wegschob, sagte er, die Verunreinigung des Fußbodens sei, ohne Ansehung des Alters und Geschlechts, nach der Verfügung verboten. Die von dem kleinen Mädchen auf der Plattform verübte Tat sei eigens in § 142 der Verordnung über die Eisenbahnen und Wasserwege in der Republik vorgegeben, und für das Pflüchen sei eine Strafe von 3 Rubeln zu erlegen.

Die Studentin erachtete den traurigen Vorfall durch die Tatsache der nachfolgenden Tilgung der Spuren des von der Verordnung über den Verkehr in der Republik vorgesehenen Verbrechens auf der Plattform für erlebte, und außerdem war, um es ganz auszudrücken, ihrem Beutel das Kleingeld ausgegangen. Sie meinte, wenn man für jedes Pflüchen 3 Rubel zahlen müßte, bis aus dem Kinde ein roter Pionier geworden sei, so vermöchte eine solche finanzielle Belastung — garnicht zu reden vom Stipendium — selbst der Nordamerikanische Lloyd nicht zu tragen. Doch der Hinweis auf den Lloyd heilte den Zugführer nicht zufrieden. Er sagte er, er wisse nicht, wie es in Amerika stehe, doch bei uns wird man dafür beim Schöpfer gepöbel, und er rief den diensthabenden Agent der GPK., der besonderen Verkehrsabteilung, herbei. Der Agent krochte prüfend, ob das kleine Mädchen selbständig die Verfügung über den Verkehr auf den Wasser- und Eisenbahnwegen der Republik überschritten habe, oder ob die Mutter es zu dem Verbrechen angestiftet und in die Ecke geschickt habe. Die Studentin sagte beleidigt, keine liebevolle Mutter werde ihr Kind schaden, „das“ im eifrigen Prott in den Hörsaal zu tun, und eine solche Annahme könne nur jemand aussprechen, der keine Kinder habe und von solchen speziellen Fragen des Menschlichen keine Ahnung habe. Der Agent erwiderte, seinen Vegen zurechtfindend, voller Würde, wenn er auch nicht auf Universitäten studiert habe, so werde er doch nicht gestatten, ihn bei der Ausübung seiner dienstlichen Pflichten zu beleidigen. Er forderte die Studentin auf, ihre Sachen zu nehmen, auszustiegen und ihm in den Dienstsaal zu folgen.

Nun meldete sich erstens das Publikum ein und zweitens der Bruder der Studentin. Er jagte voll Empörung, daß die Studentin ihre Berechtigung zur Weiterfahrt verlieren werde, wenn sie kein Zug verlassen solle. Das sei — Witz! — und er werde sich bei der Verwaltung über den Agenten beschweren, und übrigen, da er in Zekaterinoslaw bleibe, so sei er bereit, die Schuld wegen des Pflüchens und die Strafe auf sich zu nehmen, ebenso die Verantwortung für das grauenhafte Verbrechen vor den harten Gesetzen unseres Landes. Da setzte der Schaffner die Pfeife an, der Zug setzte sich in Bewegung und entführte die Verbrecherin, die vorläufig den Händen der Gerechtigkeit entflohen war. Doch der Agent gab gleich telefonisch weiter, man solle in Sinesnikow die Studentin anhalten, und der Dattel der minderjährigen Verbrecherin wurde zwecks Verhörs vor die Kommandantur auf dem Bahnhofe befördert.

In Sinesnikow kam ein anderer Agent in den Wagen, der die Mitteilung erhalten hatte, es sei notwendig, die Bürgerin festzunehmen, weil sie beim Einsteigen „Unzufrieden“ habe. Die Unzufrieden, deren nasse Hörsen gewechselt waren, hatte bereits das erlebte Drama vergessen und vertilgte, völlig unbeirrt am Tischchen beim Fenster sitzend und mit den Füßen baumelnd, Weißbrötchen und Milch. Der zweite Agent hatte selbst einen kleinen Unzufrieden, den Wodka, der, nicht ohne Hintergedanken, davon träumte, in reifem Alter Lokomotivführer auf dem Eisenbahnbahnhof zu werden, der Pfäumen und Kefel aus dem Silden herbeiführte. Er lächelte, als man ihm den Vorfall berichtete, ihkelle die Verbrecherin am Arm und ging fort, nachdem er friedlich für den Fall der Anforderung aus Zekaterinoslaw die Moskauer Adresse der E. notiert hatte.

Auf der Kommandantur in Zekaterinoslaw war jedoch über das Benehmen des Bruders der E., der der Obrigkeit Widerstand geleistet hatte, ein sehr ausführliches und drohendes Protokoll abgefaßt worden. Bis zum letzten Augenblick hatte er alles Borgefallene als einen frühlichen und belustigenden, der Feder eines Schteischdrin würdigen Scherz hingegenommen, und erst, als man ihn arretierte und ihm gleich zwei Anklageakten vorlegte, begriff er, daß man durchaus nicht mit ihm spaßte. Vier Tage lag er im Untersuchungsgefängnis. Auf Verfügung des Staatsanwalts wurde er freigelassen auf die schriftliche Verpflichtung hin, daß er den Ort nicht verlassen werde.

Mit hin wird es noch eine Gerichtsverhandlung geben; mit hin wird eine umfangreiche Aktensache im Aktenbündel entstehen; die Behörden werden eine langwierige Korrespondenz einleiten, und die geprüften Richter werden die Wahrheit aus den verquindeten Umständen zu entwirren suchen. Der Untersuchungsrichter wird natürlich danach forschen, was E. vor der Februarrevolution getrieben hat, und ob er sich für das Pflüchen verantwortlich fühlt, das von den Behörden auf dem Fußboden des Eisenbahnwagens entdeckt worden ist. Der Vorfall auf dem Bahnhof in Zekaterinoslaw hat eine weit verbreitete und lustige Berühmtheit erlangt. Wenn E., gegen den die Untersuchung schwebt, durch die Stadt geht, dreht man sich nach ihm um und sagt: „Das ist er. Seine Nichte hat etwas auf die Plattform gemacht, und dafür hat man ihn ins Gefängnis gesteckt.“ (Uebersetzt aus einem Feuilleton der Moskauer „Pravda“.)

Zucker, ein Wundermittel gegen Milckenfische.

Bei der Hitze auf die viele Käse macht sich wieder sehr stark die Milckenplage bemerkbar. Da man ein Mittel zur Fernhaltung der Milcken vom menschlichen Körper leider noch nicht kennt — die oft angerechneten Mittel sind so viel wie wirkungslos —, so ist es wichtig, ein Mittel zu haben, das die unangenehmen Folgen der Milckenfische sehr schnell beseitigt, zumal die kurzen Röcke der heutigen Mode und die dünnen leichten Strümpfe Atientate der blausaugenden Insekten auf die Frauenbeine geradezu begünstigen. Ein ziemlich unbekanntes Mittel, das aber ebenso schnell wirkt, wie es ungewöhnlich billig und überall leicht mitzuführen ist, ist der Zucker. Wenn man von einer Milcke gestochen wird, so nehme man ein Stückchen harten Zuckers, befeuchte ihn ganz wenig und reibe vorsichtig die Stelle ein, die sich durch Jucken bemerkbar macht. Es ist durchaus nicht notwendig, mit dem harten Zuckerstück stark die Haut zu reiben und sie vielleicht zu verenden, sondern es genügt, wenn eine ganz geringe Menge der süßen Feuchtigkeit auf die Stelle des Milckenstiches aufgetragen wird. Man verleihe dann mit dem Finger ganz leicht die Feuchtigkeit auf der Stelle, die sich inzwischen gebildet hat und man wird in wenigen Minuten feststellen können, daß das Jucken aufhört, so daß die Damen in Zukunft nicht mehr nötig haben werden, zur Lindung des Juckens ihre Beine aneinander zu reiben und die schönen leinen Strümpfe dadurch zu zerstören. Was die kleine Geschwulst, die sich durch den Milckenstich gebildet hat, bildet sich in wenigen Stunden wieder völlig zurück, so daß die unangenehmen Folgen des Milckenstiches vollständig beseitigt werden. Das Mittel ist darum so angenehm, weil es überallhin in der Tasche mitgeführt werden kann. Wenn man aber keinen Stücken Zucker im Hause hat, dann genügt auch ein klein wenig feiner Zucker. Ein bis zwei Krümpchen werden in gleicher Weise auf der Haut verrieben, die genau dieselbe Wirkung ausüben wie der Stücken Zucker. Also, ihr Damen, für Jucker in eure Handtaschen!

Winke für heiße Tage.

Mit vielversprechenden Temperaturgraden hat sich der August eingeschunden, und so gilt es wieder, den Kampf mit der sommerlichen Hitze aufzunehmen. Die Urlauber, die sich in der freien Natur, am Wasser, im Wald und auf Bergeshängen frei und ungezwungen haben bewegen und gegen sommerliche Wärme schützen können, stützen in die Heimat zurück, die Brokheit hat sie niedriger. Und was schließt unerschöpfliche Hitze zurück von früh bis spät, damit der Körper nicht Schaden leide. Immer wieder werden die selbstverständlichen Vorsichtsmassnahmen wichtiger und Warnungen in den Wind geschlagen, bis zur Erhaltung der Gesundheit und Abwehr oft recht unangenehmer Krankheitsfälle immer wieder gedrängt werden sollen. Besonders die Hausfrau läßt in ihrem Hütchen, in Küche und Boudoirzimmer, die gefährlichen Wirkungen sommerlicher Wärme. Das Drücken des täglichen Küchenzeits bedarf der Aufmerksamkeit, denn unter der Hand verdirbt die Speise im Boudoirzimmer. Mit ganz besonderer Vorsicht ist in diesen Tagen das Fleisch zu behandeln. Besonders gilt dies vom Schweinefleisch. Hühner, Gans und Kieren dürfen nicht lange liegen bleiben; am besten werden sie sofort verbraucht. Wer sich in diesen warmen Tagen von Genuss des Geschmacks nicht besorgen kann, tut gut, keinen Lammes- oder Schafschmacks zu leben. Die Ränder müssen auch gegen Wasser, die Kügelchen auch, die Haut frisch und weich sein, der Schmelz ist die weithinliche Farbe des Lebertranke. Die größte Abwehrmaßnahme ist die Hausfrau in diesen Tagen vor den Nadeln. Sie ist verpflichtet, wenn sie die Sommer- und Herbstkleidung reparieren will, die Nadeln nicht zu verwenden. Die Nadeln sind in diesen Tagen nicht zu verwenden, sondern im Geiste zu sein. Auch geschlossene Schuhe sind zu vermeiden. Die Schuhe müssen nicht zu eng sein, sondern im Geiste zu sein. Die Schuhe müssen nicht zu eng sein, sondern im Geiste zu sein. Die Schuhe müssen nicht zu eng sein, sondern im Geiste zu sein.

wenn auch nur leicht äußerlich verhängnisvoll werden. Obst und Gemüse, die Hauptbestandteile der sommerlichen Nahrung, müssen ganz frisch sein. Wurst, besonders Leberwurst, soll man nur für den Tagesbedarf einkaufen. Fleischbrühe wird zweckmäßigerweise ohne Grün gekocht und nach dem Erkalten sorgfältig abgeseiht, da der Saft innerlich. Neuhäufiger Vorfall ist auch bei der Verwendung von Pilzen geboten. Weiße, schleimige, schimmelige und mahlige Pilze wirft man am liebsten ins Mülltrog, Pilzschwamm darf man nicht gebrauchen.

Auch bei der Zusammenstellung der Nahrung muß auf die besonderen Bedürfnisse des Körpers Rücksicht genommen werden. Man sollte glauben, nichts sei leichter, als sich im Sommer hygienisch anzukleiden, und den Anforderungen des gesunden Menschenverstandes zu folgen. Leider werden diese Forderungen viel zu wenig beachtet. Daß die weichen und leichten Stoffe das Beste für die heiße Zeit sind, ist hinlänglich bekannt. Ferner weiße Stoffe fast den größten Teil der Wärme abstrahlen, so ist bei den schweren Stoffen einmal zur Hälfte der Fall. Selbst das taumelnde weiße Stoffe, niemals an Schwere gleich, hellgrün, rot und grau hat aber einen Vorzug für die heiße Jahreszeit. Baumwollstoffe sind die Wärme am besten abzuführen. Seide ist ebenfalls gut. Wo sie nicht erhaben ist, leidet Seide sehr ungesund in der Hitze, wenn gewebter Baumwollstoff leicht den besten Vorschlag ist. Auch das weiße in Sommerkleidung bleiben und die Luft, die eine alle Befahrung, die nur zu leicht wegzugehen wird. Die Temperatur des unbedeckten Körpers ist bis zu 37 Grad Celsius, das heißt die bestmögliche Temperatur. Die Temperatur des unbedeckten Körpers ist bis zu 37 Grad Celsius, das heißt die bestmögliche Temperatur. Die Temperatur des unbedeckten Körpers ist bis zu 37 Grad Celsius, das heißt die bestmögliche Temperatur.

das Hien als auf den Darm. Man spricht von einem Sommergipfel, der für die Säuglinge am gefährlichsten ist. In warmen Säuglingen handelt es sich eben um Verwesungen, die durch mangelnden Luftzug und zu warme Deckungen veranlaßt werden. Die Folge ist ein übermäßiges Wachsen der Darmbakterien, die ganz verschiedenartig, oft gefährlicher, oft harmloser, manchmal epidemisch auftreten. Krankheitserscheinungen sind Brechdurchfall und Krämpfe, die in besonders heißen Sommern viele Opfer fordern. Der Arzt weiß, daß natürlich gesunde Kinder sehr häufig genährten Säuglinge die dazu in großer Gefahr stehen. Man darf die Kleinen nicht zu heiß erhitzen, sondern überfordern. Müttern wird hier nur zu oft des Guten zu viel getan. Überdies, Wärme, Stille und Dunkelheit sind für das Kind eine unerträgliche Belastung, wo es ein Heuboden auf genügend Wärme. Man bringe das Kleine an einen kühlen, luftigen Ort und wache es öfter auf. Wenn es dunkel ist, gebe man ihm abgedunkeltes helles Wasser oder kühnen Tee. Am besten ist aber Milch, und falls es nicht aus Mangel an Milch kommen die Milch den Brechdurchfall zu helfen.

Nach in einer anderen Hinsicht ist die Wärme, die die Sonnenstrahlen senden, auch eine gefährliche Wirkung. Die Sonnenstrahlen haben oft zu schweren Verwesungen bei Kindern, besonders im Gebirge, wo die Raue und wasserlose Luft, die die Kleinen umgibt, die in der Wärme die Kleinen in Gefahr bringt. Man sollte die Kleinen in der Wärme nicht zu lange lassen, sondern sie an einen kühlen Ort bringen. Die Kleinen sollten nicht zu lange in der Wärme sein, sondern sie an einen kühlen Ort bringen. Die Kleinen sollten nicht zu lange in der Wärme sein, sondern sie an einen kühlen Ort bringen.

Die nächste Ziehung der Preussischen Klassenlotterie

wird voraussichtlich am nächsten Mittwoch beginnen können, nachdem die Vorarbeiten für die Ziehung so weit gediehen sind, daß die neuen Kontrollmaßnahmen bereits angewendet werden können. Bei der Generallotteriedirektion sind eine große Anzahl von Besuchern aus dem Publikum eingelaufen, in denen die Wichtigkeit der vorigen Ziehung angezweifelt wird. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Ziehung für ungültig erklärt wird, weil die Gewinner kaum dazu gezwungen werden können, die gewonnenen Beträge herauszugeben, und deshalb unentwertete Kompensationen entgegennehmen müssen. Immerhin darf als nahezu selbstverständlich angenommen werden, daß die Lotteriegewinnne, die sich Böhm und Scheinlein angeeignet hatten, erneut ausgespielt werden.

Rönnede in Berlin gelandet.

Der Flieger Rönnede, der am Donnerstag mittag um 1.25 Uhr mit seinem Caspar-Flugzeug „Germania“ in Travemünde aufgestiegen war, ist um 3.10 Uhr auf dem Berliner Zentral-Flughafen in Tempelhof glatt gelandet. Zu seiner Begrüßung hatte sich neben zahlreichen anderen Ehrengästen auch der Reichspräsident Lohde eingefunden. Rönnede will am Freitag oder Sonnabend nach Köln weiterfliegen, von wo aus er den Flug über den Ozean antreten will. Der Zeitpunkt seines Starts ist einstweilen noch unbestimmt. Dagegen halten die Junkersflieger in Dessau an der Absicht fest, am Sonnabend den Flug über den Ozean zu unternehmen. Die Wetterberichte lauten dahin, daß auf der östlichen Hälfte des Atlantischen Ozeans der Wind vom europäischen Festlande kommt, während in der Nähe der amerikanischen Küste ein nicht allzu heftiger Gegenwind herrscht. Die Absicht, noch ein drittes Flugzeug in Dessau starten zu lassen, ist einstweilen wieder fallen gelassen worden, doch bleibt die Möglichkeit offen, daß der Pilot Schönbale den Ozeanflug etwa später noch unternehmen wird. Die für den Ozeanflug bestimmten Maschinen werden mit den mannigfaltigen Sicherheitsvorrichtungen versehen, unter anderem auch mit Schwimmvorrichtungen, die es den Piloten im Notfall ermöglichen sollen, etwa 14 Tage lang auf dem Meere zu treiben. Zur Beförderung in diesen Flugzeugen sind in Dessau 16 Kilogramm Poststücke (ungefähr 2500 Briefe und 1200 Postkarten) eingetroffen, die natürlich vorwiegend aus Deutschland, zum Teil jedoch auch aus dem Ausland und sogar aus überseeischen Ländern kommen. Die meisten dieser Sendungen sind begreiflicherweise von Sammlern aufgegeben worden. Eine große Anzahl von Sendungen hat auch wegen ungenügender Frankierung den Absendern wieder zurückgegeben werden müssen. Die Absicht der Flieger wird sofort vom Flughafen aus durch den Leipziger Rundfunksender über das ganze Reich hin mitgeteilt werden. Außerdem hat die Dessauer Post auf dem heutigen Flugtag eine besondere Fernsprechkommunikationsstelle mit Neben-Apparaten für die Presse eingerichtet. Man rechnet damit, daß der Reichsverkehrsminister dem Start der Atlantikflieger in Dessau mitzuwachen und die Abschlebsgrube der Reichsregierung überbringen wird. Ferner soll der Plan bestehen, den Fliegern eine Besichtigung des Reichspräsidenten von Hindenburg an den amerikanischen Präsidenten Coolidge mitzugeben.

Der Flug um die Welt.

Kapitän William Erwin ist mit dem Riesflugzeug „De las Spirit“ am Mittwoch abends von Dallas (Texas) nach San Francisco abgeflogen. Dieses ist die erste Teilstrecke eines geplanten Fluges nach Hongkong. Wenn er wohlbehalten Hongkong erreicht, beabsichtigt er, seinen Flug um die Welt fortzusetzen.

Notlandung beider polnischen Flieger.

Die drei polnischen Flieger, die Donnerstag in Dabrowa aufstiegen, haben die internationalen Flugmeetings teilzunehmen, haben die schlechtesten Wetter wegen Notlandungen von Dabrowa und zwar einer bei Schwarzbach im Saarland und der andere bei Jumo und der dritte bei Chyatis. Die beiden letzteren werden am Freitag nach Dabrowa weiterfliegen. Die Maschine des bei Schwarzbach gelandeten Fliegers ist leicht beschädigt und muß abmontiert werden.

Schredensrot eines geisteskranken Führers.

In GutsMuth bei Köln wurden der Eigentümer reichlicher von Kallindrodt, ein Verwandter des früheren Reichspräsidenten, und seine Gattin am Donnerstag von ihrem GutsMuth abgeholt. Die beiden polnischen Flieger, die bereits seit 21 Jahren im Dienste der preussischen Familie stand, hatten sich schon vor längerer Zeit Angelegenheiten von Geisteskrankheit gezeigt, auf Grund deren der Führer im vorigen Jahre in eine Irrenanstalt hatte gebracht werden sollen. Freilich von Kallindrodt hatte es jedoch vorgezogen, den Führer in seinen Diensten zu behalten. Als der Führer am Freitag morgen einen Kopf in die Wand schlug, trat der Führer an den Kopf heran und gab zwei tüchtige Schläge auf die Wangen ab. Hierauf wurde er festgenommen.

Die Verhandlungen der Reichsverwalter.

Die Unterhandlung gegen den angeklagten Reichsverwalter Appell in Berlin hat außer den bereits bekannten Tatsachen noch zwei weitere Besonderheiten zu Tage gebracht. So ist Appell 1923 einen Tag in Berlin von dem Reichsverwalter und dafür bis heute keinen Pfennig erhalten. Appell ist ferner von einem von Appell selbst bestimmten Richter zum Richter ernannt worden. Appell hat sich dem Richter gegenüber bei er mit diesem über die Angelegenheiten des Reichsverwalter unterhalten.

Die Verhandlungen der Reichsverwalter.

Die großen Verhandlungen in der Reichshauptstadt sind im Laufe des Jahres zum Abschluss gekommen. Die Verhandlungen sind im Laufe des Jahres zum Abschluss gekommen. Die Verhandlungen sind im Laufe des Jahres zum Abschluss gekommen. Die Verhandlungen sind im Laufe des Jahres zum Abschluss gekommen.

Fassadenteilerer Paul Kaffner wieder an der Arbeit.

Der kürzlich aus einem Gefangenentransportwagen entlassene Fassadenteilerer Kaffner hat sich bereits wieder an die Arbeit begeben. In der Berliner Vorortkolonie Wendenhof lag er an der Regengasse eines Landhauses empor, drang in den ersten Stock ein und erbeutete Wertgegenstände von erheblichem Werte. In dem Vorort Wendenhof hat er aus einer Wohnung eine Eisenkassette mit Schriftstücken und zwei Aktien im Werte von 10 000 Mark.

Die Erfinder überlaufen die Lotteriedirektion.

Mittwoch sind zahlreiche Erfinder bei der Generaldirektion der Preussischen Klassenlotterie erschienen, um sie für ihre Ziehungsmaschinen zu interessieren. Teilweise gehen die Pläne auf ganz neue Methoden aus. Unter den Erfindungen scheinen tatsächlich Apparate zu sein, die für brauchbar gehalten werden. Obwohl noch die verschiedensten Untersuchungen und Prüfungen der Roboter vorgenommen werden müssen, ist es schon jetzt wahrscheinlich, daß die Ziehung der nächsten Serie der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie, die im Oktober beginnt, auf maschinellen Wege erfolgen wird. Ein derartiger Apparat würde elektrisch betrieben werden und durch ein besonderes Zählsystem automatisch die Lose auswerfen und registrieren.

Diebstahl in einem Hotel.

Aus dem Fremdenzimmer eines Münchener Hotels wurde durch Einsteigen in das offenstehende Fenster in der Nacht vom Dienstag, 24. Uhr, auf Mittwoch, 8 Uhr, einer Amerikanerin ein kleines, mit schwarzem Leder überzogenes Schmuckstück gestohlen. Unter den Schmuckgegenständen befanden sich ein Platin-Damenring, zwei dreieckige Diamanten, fünf Ringe, drei Strohregen und verschiedene andere Schmuckgegenstände im Werte von zusammen 60 000 Mark.

Wet Jahre Zuchthaus für einen Spion.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit hatte sich am Mittwoch, der 26jährige Lagerist und frühere Obergesetzte Enders aus Stuttgart wegen Spionage und Verrates militärischer Geheimnisse zu verantworten. Er wird beschuldigt, 1923 bis 1927 in Ludwigshafen, München, Mannheim und Stuttgart Landesverrat und Spionage verübt zu haben, indem er Schriftstücke und Urkunden, die im Interesse der Landesverteidigung geheimgehalten waren, dem französischen Nachrichtendienst übermittelte. Der Reichsanwalt beantragte 10 Jahre Zuchthaus, das Urteil lautete auf acht Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust, Entfremdung aus dem Heere und Beschlagnahme von 2000 Mark, die er für seine Dienste erhalten hat.

Ein Kind von einer Nähmaschine zerfleischt.

In Dreilinden (Kreis Schlawa in Pommern) geriet beim Roggenmähen ein dreijähriges Kind, das im Roggenfelde spielte, in die Nähmaschine und wurde von den Messern zerhackt. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein.

Ein rätselhafter Zwangsverhaftung.

Vor einem halben Jahre waren einer pommerischen Rittergutsbesitzerin in einem Berliner Pensionat ihre Juwelen im Werte von 12 000 Mark, die sie der Pensionarin zur Aufbewahrung übergeben hatte, gestohlen worden. Die angestellten kriminalpolizeilichen Forschungen sind erfolglos geblieben, so daß die Besitzerin mit dem unüberwindlichen Verzicht ihrer Kostbarkeiten rechnen mußte. Wider Erwarten hat sich jetzt auf völlig unaufgeklärte Weise der Schmud unverfehrt und vollständig an der gleichen Stelle wieder angefundene, von der er seinerzeit verschwunden war. Es wird vermutet, daß der Dieb befristet hat, in dem Augenblick, in dem er die Juwelen zu Geld zu machen versucht hätte, entlarvt zu werden und deshalb die gestohlenen Schmuckgegenstände heimlich an ihren früheren Aufbewahrungsort zurückgebracht hat.

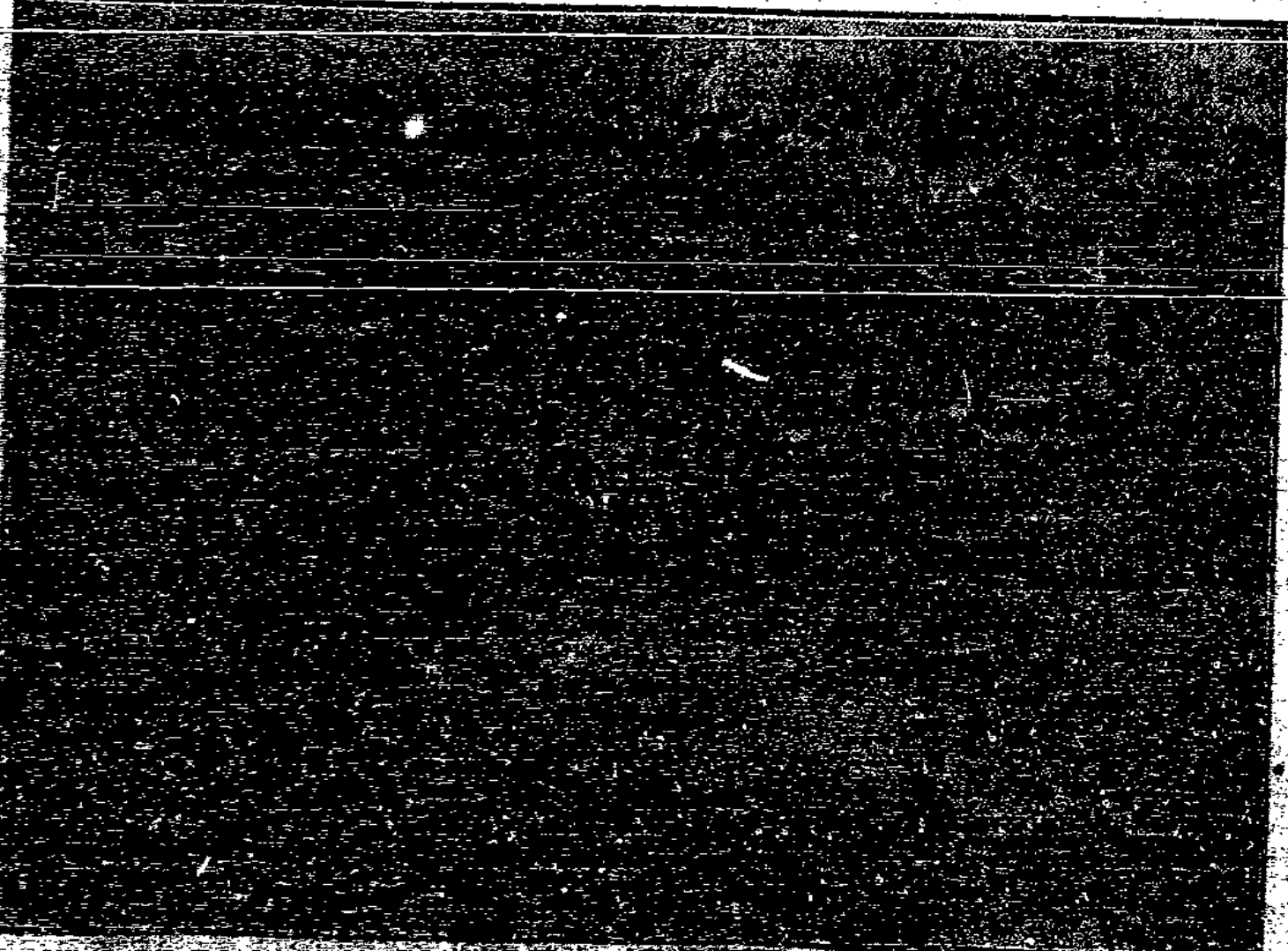
Schwerer Autounfall.

Donnerstag mittig überschlug sich bei Strengberg in Niederherrsich ein Kraftwagen des Fabrikanten Hermann Rodmann aus Hannover, als dieser einen Motorradfahrer ausweichen wollte. Die Tochter des Fabrikanten wurde sofort getötet, die Gattin erlag ihren Verletzungen. Rodmann selbst wurde schwer verletzt.

Abfuhr in der Wüste.

Auf einer Bergtour in Hochschwarzwald ist Professor Dr. Otto Sack, der Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Kaiser-Franz-Joseph-Krankenanstalts, tödlich abgestürzt. Der Berliner Tourist Richard Gumpert, der seit dem 1. August in den Dolomiten unterwegs war, ist inzwischen ebenfalls im anspruchlos worden.

Die Verfassungsfeste des Berliner Schützenpfeils.



Feststurz.

Infolge des starken Gewitters ist in Willemsdorf (Schweiz) ein großer Felsblock zu Tal gestürzt und hat die Straße und die Eisenbahnlinie nach Montreux gesperrt. Der Verkehr ist unterbrochen.

Vom Bombenanschlag in Basel.

Die amtliche Untersuchung über die in einer Wartehalle der Straßenbahn erfolgte Bombenexplosion hat bisher noch keinen sicheren Anhaltspunkt für die Urheber und den Charakter der Höllemaßnahme ergeben. Einer der Schwerverletzten, ein Straßenbahnkassierer, ist gestorben.

Ein Museum für alte Häuser.

Die Freiluftmuseen, die besonders in Skandinavien eine so große Blüte erlangt haben, beschränken sich bisher fast ausschließlich auf die bäuerliche Volkskultur. Nur in Aarhus hat man ein Freiluft-Museum „Die alte Stadt“ errichtet. Nunmehr aber geht das größte aller nordischen Freiluft-Museen, wie im „Kunstmuseum“ berichtet wird, zu dem Aufbau einer neuen Abteilung über, die alte Häuser enthalten soll. In dem norwegischen Volksmuseum auf Haggå wird neben den schönen Gruppen alter norwegischer Bauernhöfe eine „Alte Stadt“ aufgebaut. Stadthäuser von geschichtlichem und künstlerischem Wert, denen Verfall oder Zerstörung droht, sollen hierher übertragen werden. Der Aufbau ist bereits mit einigen alten Häusern aus Oslo gemacht worden. Auf diese Weise wird man ein sehr anschauliches Bild der norwegischen Bürgerkultur erhalten.

Eisenbahnunglück in Jugoslawien.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch stieß auf der Eisenbahnlinie Belgrad-Nisch ein Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen. Beide Lokomotiven wurden zertrümmert und 80 Wagen stürzten um und gerieten in Brand. Der Zugführer und der Bremser des Schnellzuges sind tot, 18 Personen schwer verletzt.

Begrenzung des Aberglaubens in der Tschschlowakei.

In einem slowakischen Dorfe drangen acht Bauernburken, mit Knütteln bewaffnet, in das einsam gelegene Häuschen einer über 70 Jahre alten Bettlerin, die allgemein als Hege angesehen wurde, überfielen die Frau, fesselten sie und schlepten sie in den Wald. Dort wurde die Frau an einen Baumstamm gebunden und unter ihr ein Scheiterhaufen errichtet und angezündet. Eine zufällig in der Nähe weilende Jagdgeheißel eilte auf die Hilferufe der alten Frau herbei und rettete sie vor dem sicheren Feuerode. Gegen die Bauernburken wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Erkung englischer Seelente.

Der Lordmayer von Hull überreichte am Mittwoch namens der deutschen Regierung dem Kapitän, den Offizieren und der Bootsbesatzung des britischen Dampfers Doppelgänger und Ehrengaben in Geld für die Rettung der Besatzung eines deutschen Fischdampfers im Kattegatt im Januar dieses Jahres. Der deutsche Konsul Hülneke gab dem Danke der deutschen Regierung Ausdruck. Der Lordmayer sagte, das Vergangene sei begraben und die Gegenwart erfordere gute Kameradschaft.

Die Friedensbrücke über den Niagara.

Anlässlich des Besuchs, den der Prinz von Wales in Begleitung des britischen Premierministers Baldwin Kanada abstattete, eröffnete der Prinz die neue internationale Brücke, die das in Kanada gelegene Fort Erie mit Buffalo in den Vereinigten Staaten verbindet. Unter Bezeichnung auf den hundertjährigen Frieden, der zwischen dem britischen Dominion und den Vereinigten Staaten ununterbrochen besteht, ist die Brücke, die das Freundschaftsverhältnis symbolisieren soll, „Friedensbrücke“ genannt worden. Nachdem der Prinz in seiner Einweihungsrede dem Wunsch Ausdruck gegeben hatte, daß das stählerne Band, das sich über den Niagara spannt, das Freundschaftsverhältnis zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten noch fester knüpfen möge, zerhackte die auf der Brücke stehenden Damen Dames, die Gattin des amerikanischen Vizepräsidenten und Mrs. William Koh, die Gemahlin des Gouverneurs von Ontario, das schmale weiße Band, das sie als Vertreterin der beiden Länder trennte. Damit war die „Friedensbrücke“ dem internationalen Verkehr übergeben. Die Brücke ist eine Stahlkonstruktion von 4 400 Fuß Länge, die den Niagara in 100 Fuß Höhe überspannt. Eine riesige Menschenmenge, die auf 200 000 Sitze gesätzt wurde, wohnte dem feierlichen Eröffnungsakt bei. Mit Rücksicht auf die Erregung, die der Fall Sacco-Vanzetti haben und drängen ausgelöst hat, waren alle polizeilichen Maßnahmen getroffen worden, um unvorhergesehene Zwischenfälle zu vermeiden.

Die Cholera-Epidemie.

Im Bezirk von Bombay in Südwestindien nimmt weiter zu. In der letzten Woche wurden 2097 Erkrankungen und 1020 Todesfälle festgestellt.